

rOinfo

Tiroler Raumordnung

Heft 25 · Juli 2003

4	Bilanz der Tiroler Raumordnung
6	EU-Strukturfonds nach 2006
10	Regionale Projekte
14	urban.alps
18	Alpine Kleinzentren
22	Energieholznutzung
24	Flächenwidmung online
27	Destinometer



tirol

Unser Land.

Amt der Tiroler Landesregierung

- 3 **Herausgeberbrief** Franz Rauter
- Raumordnungspolitik**
- 4 Bilanz der Tiroler Raumordnung LR Konrad Streiter
- Im Brennpunkt**
- 6 Wohin steuern die EU-Strukturfonds nach 2006 ? Franz Rauter
- Regionalentwicklung**
- 10 Regionale Projekte Andrea Fink, Carola Jud,
Sigrid Hilger, Christian Stampfer
- Blick über den Zaun**
- 14 urban.alps
Alpine Kleinzentren machen Zukunft Andreas Falch
- Überörtliche Raumordnung**
- 18 Die Bedeutung alpiner Kleinzentren
aus Sicht der Landes- und Regionalplanung in Tirol Franz Rauter
- Koordination in der Raumordnung**
- 22 Energieholznutzung in Tirol -
aktueller Stand und Entwicklungspotenzial Bruno Oberhuber
- Örtliche Raumordnung**
- 24 Flächenwidmung online Manfred Riedl
- Vor den Vorhang**
- 27 DESTINOMETER:
Benchmarkingsystem des Tiroler Tourismusbarometers Matthias Fuchs
- Kurzmeldungen**
- 5 Bearbeitungsstand der örtlichen Raumordnungskonzepte
- 5 Netzwerk Geoinformation Tirol
- 7 Europatag 9. Mai
- 8 TIC-Net
- 9 Die Kulturlandschaft der Alpen im Visier
- 13 Offizielle Anerkennung für den Naturpark Kaunergrat (Pitztal-Kaunertal)
- 19 10 Jahre – Regionalmanagementverein MIAR
- 21 Mittelfristiges Arbeitsprogramm der ÖROK
- 21 Wechsel in der Geschäftsführung der ÖROK
- 25 Statistik aktuell
- 26 Schutzwaldplattform Tirol – ein starker Impuls!

IMPRESSUM - *Medieninhaber (Verleger)*: Amt der Tiroler Landesregierung, 6020 INNSBRUCK. *Schriftleitung*: Dipl.-Ing. Manfred Riedl. *Für den Inhalt verantwortlich*: Mag. Franz Rauter, Abteilung Raumordnung - Statistik, Michael-Gaismair-Straße 1, 6020 INNSBRUCK, Tel. 0512/508-3602, Fax 0512/508-3605, E-Mail: raumordnung.statistik@tirol.gv.at *Layout*: John Walton, Fa. Graphik & Arts Studio, 6071 ALDRANS. *Umbruch und technische Abwicklung*: Gerhard Hahn. *Druck*: Landeskanzleidirektion, Landhaus, 6020 INNSBRUCK.

RO-Info erscheint 2 mal jährlich. Einzelhefte oder Abo können schriftlich beim Amt der Tiroler Landesregierung, Abteilung Raumordnung-Statistik, Michael-Gaismair-Straße 1, 6020 INNSBRUCK, Fax 0512/508-3605, E-Mail: raumordnung.statistik@tirol.gv.at bestellt werden. *Kostensatz*: Einzelheft Euro 3,63 -, Abo-Preis für 2 Hefte Euro 7,26 -;

Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz: Medieninhaber Land Tirol. Erklärung über die grundlegende Richtung: Information über Angelegenheiten der Raumordnung.



Kofinanziert aus den Mitteln des Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung

Liebe Leserinnen und Leser!

Sie kennen doch alle das Gefühl, wenn man mit dem Auto von Polizei oder Gendarmerie aufgehalten wird? Man glaubt zwar, dass alles in Ordnung ist, aber ein unbehagliches Gefühl beschleicht einen doch. So ging es uns auch mit dem Rechnungshof, der im Herbst 2001 und im Frühjahr 2002 im Rahmen einer Querschnittsprüfung aller österreichischen Bundesländer (außer Wien) auch die Tiroler Raumordnung unter die Lupe nahm.

Umso erfreuter nahmen wir den im Februar 2003 publizierten Wahrnehmungsbericht des Rechnungshofes zur Kenntnis, der ein insgesamt positives Bild zeichnet. Neben Empfehlungen zur überörtlichen Raumordnung (betreffend Erstellung eines Landesentwicklungsprogrammes und Überprüfung des Verbindlichkeitsgrades überörtlicher Planungen) sowie zur raschen Fertigstellung der örtlichen Raumordnungskonzepte lässt er Anerkennung für die Fachkompetenz und das Engagement der Raumordnungsabteilungen des Amtes erkennen und spendiert *tiris* ein besonders Lob.

Angesichts des nicht gerade einfachen Arbeitsfeldes tut uns das gut! Und es freut uns sehr, dass auch Landesrat Konrad Streiter in der Bilanz seiner Regierungstätigkeit in der Raumordnung die Zusammenarbeit mit dem Amt sehr positiv bewertet. Wir sehen das als Ansporn für die weitere Arbeit!

Tirol zählt zu jenen Bundesländern, in denen im Amt der Landesregierung Raumordnung und Regionalentwicklung in derselben Abteilung „angesiedelt“ sind. Ich halte das für eine gute Lösung, da Raumordnung und Raumentwicklung aufs Engste miteinander verflochten sind, wie dies auch im § 1 Abs. 1 des Tiroler Raumordnungsgesetzes 2001 zum Ausdruck kommt: „Die überörtliche Raumordnung dient der **geordneten Gesamtentwicklung** des Landes.“ Auch auf gesamtösterreichischer Ebene (Österreichisches Raumentwicklungskonzept ÖREK 2001) und in der Europäischen Union (Europäisches Raumentwicklungskonzept EUREK) wird diesem Zusammenhang Rechnung getragen.

Das Thema der Regionalentwicklung und der Regionalpolitik ist anhaltend aktuell. Wer ein wenig näher damit zu tun hat, erkennt, dass der globale Wettbewerb, die Aufgabenreform der Gebietskörperschaften, die Privatisierung von Einrichtungen und Leistungen der

Daseinsvorsorge und die Geldknappheit der öffentlichen Haushalte letztlich in räumliche Konzentrationstendenzen münden. Die Zielsetzung, „... in allen Landesteilen ... unter Beachtung natur- und lagebedingter Gegebenheiten möglichst gleichwertige Lebensbedingungen anzustreben“ (§ 2 lit. c Tiroler Raumordnungsgesetz 2001), erfordert neue und verstärkte regionalpolitische Anstrengungen. Nicht von ungefähr ist die Entwicklung des ländlichen Raumes zu einem „starken“ Thema geworden. Auch wenn das Kind einen anderen Namen hat – hier geht es um Regionalpolitik pur (siehe auch RO-Info Nr. 24). Nicht von ungefähr ist daher die Regionalentwicklung und Regionalpolitik das Schwerpunktthema dieser Ausgabe von RO-Info.

Regionalpolitik hat nicht nur, aber maßgeblich auch mit Geld zu tun. Die derzeitigen EU-Regionalförderungsprogramme laufen bis 2006. Was kommt danach? Hinter den Kulissen wird schon eifrig an der künftigen Ausrichtung der EU-Strukturfonds gearbeitet. Wir geben Ihnen einen Einblick „was derzeit läuft“ und welche Erwartungen die österreichischen Bundesländer in Bezug auf diesen Reformprozess hegen.

Die eigentliche Regionalentwicklung geschieht vor Ort, manifestiert sich in konkreten umgesetzten Projekten. Das Team unseres Fachbereiches EU-Regionalpolitik will Ihnen daher auch diesmal wieder einen Eindruck von der Vielfalt des Projektgeschehens vermitteln und Ihnen einige bemerkenswerte Vorhaben näher bringen. Ende letzten Jahres fand in Landeck ein Symposium über die Bedeutung alpiner Kleinzentren statt, das mir gerade angesichts der zunehmenden Relevanz des Themas „ländlicher Raum“ bemerkenswert erscheint. Ländliche Entwicklung bedingt in hohem Maße regionale Zusammenarbeit. Regionale Zusammenarbeit beinhaltet auch eine vernünftige Funktionsteilung und räumliche Anordnung von Einrichtungen und Diensten, die auf Ebene einzelner Gemeinden nicht tragfähig sind. Das an sich alte Konzept der zentralen Orte gewinnt – nicht ohne Widerstreben – im Lichte aktueller Entwicklungen an neuer Bedeutung. Lesen Sie u.a. im Beitrag von Andreas Falch, was im Symposium „urban.alps“ zu diesem Thema gesagt und diskutiert wurde. Der verstärkte Einsatz erneuerbarer Energieträger zählt auch zu den regional-

politisch relevanten Entwicklungen. Der Erfolg von Projekten in den letzten Jahren, aber auch veränderte energiepolitische Rahmenbedingungen bringen einen starken Aufwind für die Energieholznutzung in Tirol mit sich. Bruno Oberhuber, der Geschäftsführer von Energie Tirol, beschreibt die aktuellen Trends. Im Kerngeschäft der örtlichen Raumordnung macht sich *tiris* immer mehr nützlich. Die auf Grundlage der örtlichen Raumordnungskonzepte erlassenen neuen Flächenwidmungspläne werden Zug um Zug ins *tiris* übernommen und im Internet zur Einsicht bereitgestellt. Auch wenn als rechtsverbindliches Plandokument weiterhin nur das in der jeweiligen Gemeinde aufliegende Original exemplar des Flächenwidmungsplanes gilt, so stellt das neue *tiris*-Service in der Praxis für Bürger, Planer und Behörden doch ein wichtiges Informationsangebot dar. Manfred Riedl liegt es besonders am Herzen, dass die Qualität und Aktualität der Informationen sichergestellt sind. Dazu müssen alle Beteiligten die „Spielregeln“ beim Datentransfer sorgsam einhalten.

Eines der „begehrtesten“ Produkte der Landesstatistik sind die Auswertungen der Tourismusstatistik und das Tourismusbarometer. Im Bemühen solide Datengrundlagen und Analysen für die Tourismuspolitik bereitzustellen, leistete das Zentrum für Tourismus und Dienstleistungswirtschaft an der Universität Innsbruck mit dem Pilotprojekt DESTINOMETER nun einen weiteren innovativen Beitrag. Matthias Fuchs beschreibt diesen Untersuchungsansatz, der den Faktoren für die Zufriedenheit der Gäste nachspürt und diese vergleichend analysiert.

In der Hoffnung, dass mit diesen Beiträgen auch Zufriedenheit bei unseren Leserinnen und Lesern ausgelöst wird grüßt Sie herzlich



Ihr Franz Rauter



Bilanz der Tiroler Raumordnung

Landesrat Konrad Streiter

Die 13. Landtagsperiode neigt sich dem Ende zu und es scheint mir angebracht auch für den Bereich der Raumordnung, für die ich seit nunmehr 10 Jahren in der Tiroler Landesregierung zuständig bin, kurz Bilanz zu ziehen und Rückschau zu halten.



Der vorliegende Rechnungshofbericht über die Raumordnung und Raumplanung in den Ländern (ohne Wien) beinhaltet einen Bundesländervergleich in dem einerseits die alpinen Besonderheiten und andererseits das Funktionieren der Raumordnung in Tirol bestätigt werden.

Die Raumordnung befasst sich sehr umfassend nicht nur mit der Einteilung von Grund und Boden, sondern gesamtheitlich mit allen Maßnahmen, die unseren Lebensraum betreffen, d.h. die Raumordnung schafft die Voraussetzungen für das private Wohnen, das wirtschaftliche Handeln, die Ausbildung, den öffentlichen Verkehr und den Individualverkehr usw.

Die Raumordnung muss gerade in Tirol auch für die bestmögliche Sicherheit vor Naturgefahren durch umsichtige Planungsmaßnahmen sorgen. In einem Europa, in dem territoriale Grenzen merklich an Bedeutung verlieren, kommt einer kooperativen und grenzüberschreitenden Raumordnung eine zentrale überregionale Bedeutung zu.

Im Unterschied zu anderen europäischen Ländern ist und bleibt die Raumordnung in Österreich eine Kernkompetenz der Bundesländer, an der die Landtage durch ihre Beschlussfassungen mitgestalten.

Aus dem im Rechnungshofbericht aufgelisteten und den Raumordnung-Insidern bekannten Datenmaterial ist ersichtlich, dass von der Landesfläche Tirols – also von 12.647 km² – nur 12,3 % als Dauersiedlungsraum zur Verfügung stehen, was den mit Abstand niedrigsten Wert darstellt.

In Niederösterreich umfasst der Dauersiedlungsraum 58,8 %, in Oberösterreich 57 % und in Vorarlberg immerhin noch

21 % der Landesfläche. Vom Dauersiedlungsraum (12,3 %) sind in Tirol 16,9 % verbaute Flächen.

Mit einer durchschnittlichen Baulandwidmung von 297 m² je Einwohner zählt Tirol gemeinsam mit Salzburg und Burgenland zu den Bundesländern mit den sparsamsten Baulandausweisungen.

Beachtlich ist in diesem Zusammenhang auch das Verhältnis der Gästenächtigungen zu den Einwohnern, das in Tirol 60,2 und z.B. im Tourismusland Kärnten nur 23,2 beträgt.

Bezug nehmend auf das im Rechnungshofbericht angeführte Fehlen eines gesamtheitlichen Landesraumordnungsprogrammes ist darauf hinzuweisen, dass in Tirol ein anderer Weg gewählt und beschritten wurde.

Statt eines aufwändigen, entweder zu eng oder zu weit gefassten Gesamtentwicklungsprogrammes wurden sektorale Programme und Planungen umgesetzt.

Beispielhaft seien hier das Raumordnungsprogramm für Einkaufszentren, die Seilbahngrundsätze, das Golfplatzkonzept, die Grünzonenplanungen, das Konzept für die Gewinnung von mineralischen Baurohstoffen im Raum Unterinntal als auch regionalwirtschaftliche Konzepte für den Bezirk Lienz, das Tiroler Oberland und das Außerfern.

Da die Raumordnung einen sehr umfassenden und dynamischen Bereich – unseren Lebensraum – betrifft, ist es mir natürlich nicht möglich, in der gebotenen Kürze auf alle einzelnen Bereiche einzugehen. Äußerst positiv und erwähnenswert ist



die hervorragende Arbeit, die hohe Qualität und der stetige Ausbau des Informationssystemes *tiris*. Der Rechnungshof hob das *tiris* in seinem Bericht als umfangreich und benutzerfreundlich hervor.

Die Erarbeitung und Beschlussfassung der örtlichen Raumordnungskonzepte in den Gemeinden schreitet ebenfalls zügig voran und dürfte wohl im nächsten Jahr abgeschlossen sein.

Dem Bodenbeschaffungsfonds ist es in enger und guter Zusammenarbeit mit den Verantwortlichen in den Gemeinden gelungen, geeignete Grundflächen kostengünstig anzukaufen und Baugrundstücke besonders den jungen Familien zu erschwinglichen Preisen zur Befriedigung ihrer Wohnbedürfnisse zur Verfügung zu stellen.

Die Wohnbauförderung des Landes trägt das ihre dazu bei, dass sich die heimische Bevölkerung Eigenheime oder Wohnungen in Tirol auch weiterhin leisten kann.

Am Ende der Legislaturperiode ist es mir auch ein besonderes Anliegen mich bei allen, die in der Raumordnung zum Wohle der Gemeinden und des Landes tätig sind, recht herzlich für ihren Einsatz zu bedanken. Im Bereich der Landesverwaltung richtet sich mein Dank an die Vorstände, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Abteilungen Bau- und Raumordnungsrecht, Raumordnung-Statistik sowie an die *tiris*-Stationen in den verschiedenen Verwaltungsbereichen und bei der Datenverarbeitung-Tirol.

Auch der im Herbst neu zu wählende Tiroler Landtag wird nicht umhin kommen, sich auch zukünftig ausreichend und umfassend mit der Thematik Raumordnung zu befassen. ■

In diesem Sinne verbleibt Ihr



Bearbeitungsstand der örtlichen Raumordnungskonzepte

Mit Stand 31. Mai 2003 lag die aufsichtsbehördliche Genehmigung der örtlichen Raumordnungskonzepte von 158 Tiroler Gemeinden (57 % aller Gemeinden) vor. Seit unserer letzten Berichterstattung mit Stand Oktober 2001 konnten 80 Gemeinden die diesbezüglichen Verfahren abschließen. Weitere 102 Gemeinden haben die Vorbegutachtung ihrer Planwerke eingereicht, 41 davon konnten bereits abgeschlossen werden. Zusammenfassend weisen daher derzeit 93 % aller Tiroler Gemeinden bei der Erlassung der örtlichen Raumordnungskonzepte einen abgeschlossenen oder bereits fortgeschrittenen Verfahrensstand aus. Eine regionale Zuordnung der abgeschlossenen Planungen weist in den Zentralräumen hohe Erledigungsraten aus. Zusätzlich zur Stadt Innsbruck haben in den Bezirken Innsbruck-Land und Schwaz die meisten Gemeinden (ca. 75 %) ihre Planungen bereits abgeschlossen. Darauf folgen die Gemeinden der Bezirke Imst, Kufstein und Landeck mit über 50 % Erledigungsrate, die Gemeinden in den Bezirken Kitzbühel und Lienz liegen knapp darunter. Die Gemeinden im Bezirk Reutte haben mit erst zwei Erledigungen hinsichtlich der zeitgerechten Durchführung der räumlichen Entwicklungsplanung noch Aufholbedarf. ■

Netzwerk Geoinformation Tirol

Die Konferenz der Landeshauptleute hat im Oktober 2002 das von Experten ausgearbeitete „Konzept für eine österreichische Geodatenpolitik“ beschlossen. Als Hauptziel dieses auch an Bund, Städte- und Gemeindebund gerichteten Maßnahmenkataloges wird die umfassende Verfügbarkeit von öffentlichen Geodaten angesehen. Die Tiroler Landesregierung hat in diesem Sinne im April 2003 den Beschluss gefasst, wichtige öffentliche Geodaten in Tirol künftig im Rahmen einer Kooperation nach einheitlichen Kriterien zu erfassen und in vernetzten Strukturen vorzuhalten. Alle beteiligten öffentlichen Einrichtungen und deren Auftragnehmer können dann online auf aktuell gehaltene Originaldaten zugreifen und diese nutzen. Moderne Informationsdienste ermöglichen den dezentralen Zugang für spezielle Nutzer und für die Öffentlichkeit. Für dieses Ziel hat die Tiroler Landesregierung eine Strategieguppe eingesetzt, welche die Grundsätze einer solchen Zusammenarbeit in einer Rahmenvereinbarung näher ausarbeiten wird und der in weitere Folge alle datenverantwortlichen Stellen, aber auch Datenerzeuger und -verarbeiter beitreten können. Neben den Gebietskörperschaften und Kammern sind in dieser Strategieguppe wichtige Infrastrukturvorhalter und Dienstleistungsunternehmen aus der Informationsbranche vertreten. ■

<http://www.tirol.gv.at/raumordnung>

<http://www.tirol.gv.at/tiris>

Wohin steuern die EU-Strukturfonds nach 2006 ?

Franz Rauter

Die aktuellen EU-Regionalförderungsprogramme erreichen 2003 gerade erst die Hälfte ihrer Laufzeit. Dennoch wird schon seit geraumer Zeit sehr intensiv daran gearbeitet, wie es nach 2006 weiter gehen soll. Die österreichischen Bundesländer haben sich in dieser Debatte mit einer gemeinsamen Position zu Wort gemeldet.

Reform im Zeichen der EU-Erweiterung

Die Erweiterung der Europäischen Union von 15 auf demnächst 25 Mitglieder hat auch für die Strukturfonds weitreichende Konsequenzen. Dies vor allem deshalb, weil es sich bei den Beitrittsstaaten zum Großteil um entwicklungschwache Gebiete handelt. Im Sinne des europäischen Kohäsionszieles sind

hier daher besondere Anstrengungen erforderlich, um in diesen Ländern einen Aufholprozess in Gang zu setzen.

Damit stellt sich aber nicht nur die Frage der künftigen (Um-)Verteilung der Strukturfondsmittel, sondern muss vor allem auch eine Entscheidung über deren Finanzierung getroffen werden.

Aus Sicht der EU15 fließen darüber hinaus die Erfahrungen mit den bisherigen Programmen in den Reformprozess ein.

Aktivitäten zur Reform der EU-Strukturfonds

- Jan. 2001 Vorlage des 2. Berichtes über den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt
- Mai 2001 2. Kohäsionsforum
- Jan. 2002 1. Zwischenbericht zum 2. Kohäsionsbericht
- Mai 2002 Seminar: Die Prioritäten der Union für die Regionen – Bestimmung des gemeinschaftlichen Mehrwerts
- Okt. 2002 Seminar: Die Politiken der Gemeinschaft und die Berggebiete
- Jan. 2003 2. Zwischenbericht zum 2. Kohäsionsbericht
- März 2003 Stellungnahme der AGEG (Arbeitsgemeinschaft Europäischer Grenzregionen) zum 2. Zwischenbericht
- März 2003 Konferenz: Die zukünftige Verwaltung der Strukturfonds: welche Verantwortung für wen?
- Mai 2003 Konferenz des Ausschusses der Regionen „Die Zukunft der europäischen Kohäsionspolitik“
- Mai 2003 Informelles EU-Ministertreffen „Regionalpolitik und Kohäsion“
- Juni 2003 Konferenz der Versammlung der Regionen Europas zum Thema „Zukunft der Europäischen Kohäsions- und Regionalpolitik“

Einen guten Überblick über dieses Geschehen bietet die Homepage der GD REGIO der Europäischen Kommission http://europa.eu.int/comm/regional_policy/debate/forum_de.htm



Umfassende Aktivitäten auf Ebene der Europäischen Union

Im Wissen um die Schwierigkeit des Reformvorhabens wurde frühzeitig mit der Erfassung der Standpunkte und der Diskussion auf breitester Basis begonnen.

Ziel der Europäischen Kommission ist es, bereits im ersten Halbjahr 2004 die Entwürfe der neuen Strukturfonds-Verordnungen in die Begutachtung zu geben.

Grundlage dafür soll der bis Ende 2003 vorliegende 3. Kohäsionsbericht sein.

Nur mit diesem straffen Zeitplan wird es möglich sein, die neuen Rechtsgrundlagen so zeitgerecht in Kraft zu setzen, dass verzögerungsfrei mit der Erstellung der neuen Programme für die Zeit ab 2007 begonnen werden kann.

Bereits seit Jahren hat es auf europäischer Ebene eine Reihe von „Meilensteinen“ auf dem Weg zu den konkreten Reformzielen gegeben. Teils gingen diese von den Europäischen Institutionen, insbesondere der Europäischen Kommission, aus, teils von europaweit agierenden Interessensvereinigungen.

In allen bisher geführten Diskussionen gibt es Einhelligkeit, dass auch künftig die Förderung der am stärksten benachteiligten Gebiete den Fokus der gemeinschaftlichen Kohäsionspolitik zu bilden hat, und dass dieser durch die Beitrittsländer eine neue Dimension erhält.

Konsensfähig erscheint auch die Schaffung von Übergangsregelungen für bisherige Ziel 1-Gebiete, die aus statistischen Gründen künftig nicht mehr in diese Gebietskategorie fallen.

Auf breite Zustimmung stößt weiters die Fortführung von Initiativen zur Stärkung der grenzüberschreitenden, transnationalen und interregionalen Zusammenarbeit. Auch über die Notwendigkeit vereinfachender Reformen sind sich alle einig.

Dass es über Ziel 1 und INTERREG hinaus auch künftig „noch etwas“ geben soll, scheint zwar zwischenzeitig mehrheitliche Meinung zu sein, konsensfähige konkrete Vorstellungen dazu gibt es jedoch derzeit noch nicht.



kurzMeldung

Europatag 9. Mai

Der Europatag, der von den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union jedes Jahr am 9. Mai gefeiert wird, soll der interessierten Bevölkerung ein vielschichtiges Spektrum an europapolitischen Themen, wie die EU-Regionalpolitik und die bevorstehenden Osterweiterung näher bringen.



Veranstaltet wurde dieser Informationstag, der von Landeshauptmann Herwig van Staa, Landeshauptmannstellvertreter Ferdinand Eberle und Bürgermeisterin Hilde Zach besucht wurde, in den Innsbrucker Rathausgalerien. Die Organisation erfolgte durch die Abteilung Raumordnung-Statistik/ Fachbereich EU-Regionalpolitik und die Europaabteilung des Landes sowie die Tiroler Wirtschaftskammer, den Carrefour der Tiroler Jungbauernschaft und die Vertretung des Europäischen Parlamentes. Mit dem Ötzidorf und dem Naturpark Kaunergrat präsentierten sich zwei von der EU-geförderte regionale Projekte, die mit steinzeitlichen Musikinstrumenten und einem Baum der Sinne Interesse weckten. Ein Europaquiz mit zahlreichen Preisen sowie selbstgezeugte Produkte der Tiroler Bauern sorgten für einen angenehmen Rahmen der Veranstaltung.

<http://www.tirol.gv.at/eu-regional>

TIC-Net

Das Projekt „TIC-Net“, das die Technologieentwicklung Tirols forcieren soll, wurde im März 2003 von der Europäischen Kommission genehmigt.

TIC-Net steht für Technologie, Innovation & Cooperation-Netzwerk Tirol und fördert Technologietransfer-, Innovations- und Kooperationsprojekte, welche die Technologieentwicklung insbesondere der Klein- und Kleinstbetriebe in Tirol forcieren soll. Das Motto des Projektes lautet „Innovation durch Kooperation und Technologietransfer“.

Durch Kooperationen zwischen einzelnen Unternehmen und dem wissenschaftlichen Bereich (Fachhochschulen, Universitäten und anderen Forschungseinrichtungen) sowie durch die Schaffung einer Plattform zur Koordinierung und Vernetzung, sollen die Betriebe und letztlich die Tiroler Regionen gestärkt werden.

Unternehmen mit Bedarf an neuen Technologien und Innovationen erhalten die nötige Unterstützung für die Partner- und Technologiesuche, Problemevaluierung bis hin zur konkreten Projekt- und Kooperationsplanung und -umsetzung. Parallel dazu wird ein Ausbildungsmodul angeboten, über das Mitarbeiter der am Programm beteiligten Unternehmen in den Bereichen Innovations- und Kooperationsmanagement qualifiziert werden. Für das auf die Dauer von zwei Jahren laufende Projekt stehen insgesamt Euro 3,08 Millionen zur Verfügung. 50 % der Projektkosten werden über das Europäische Förderprogramm „Innovative Maßnahmen“ finanziert, das sind EU-Mittel in Höhe von Euro 1,54 Millionen. Die verbleibenden 50 % werden vom Land Tirol, der Wirtschaftskammer Tirol sowie den am Projekt beteiligten Unternehmen aufgebracht.

TIC-Net wird federführend von der Wirtschaftskammer Tirol abgewickelt. Die beteiligten Unternehmen werden über eine Ausschreibung ausgewählt.

Nähere Informationen erhalten Sie bei:
Wirtschaftskammer Tirol,
Dr. Peter Wörgötter, Tel. 0512-5310-0

Die Position der österreichischen Bundesländer

Ziel ist es, die Anliegen der österreichischen Bundesländer in den laufenden Reformprozess klar und deutlich einzubringen und das Interesse an der Weiterentwicklung einer effizienten, partnerschaftlichen Regionalpolitik auch nach 2006 zum Ausdruck zu bringen.

Die Landeshauptmännerkonferenz hat am 28.2.2003 ein einvernehmliches Positionspapier zur Weiterentwicklung der EU-Regionalpolitik beschlossen. Die Konferenz der Landeswirtschaftsreferenten hat dieses Dokument in der Sitzung am 7.5.2003 nachdrücklich bekräftigt.

Die österreichischen Bundesländer bekennen sich zum Gemeinschaftsziel des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts, betonen den räumlichen Bezug dieses Anliegens und sprechen sich klar gegen eine „Renationalisierung“ der Regionalpolitik aus.

Auch wenn sich die regionalpolitischen Gewichte durch das Hinzukommen der Beitrittsstaaten deutlich verschieben bzw. eine neue Dimension erhalten, so darf doch eines nicht übersehen werden: Bestehende Struktur- und Entwicklungsschwächen innerhalb der EU15 verschwinden deshalb nicht einfach vom Erdboden, es ist daher auch hier weiterhin regionalpolitischer Handlungsbedarf gegeben.

Letztlich geht es darum, im gesamten Gebiet der Gemeinschaft dafür Sorge zu tragen, dass die Gemeinschaftspolitiken – ganz im Sinne des EUREK – in eine nachhaltige und ausgewogene räumliche Entwicklung münden.

Die österreichischen Bundesländer würdigen den Mehrwert, der von einer partner-

schaftlichen EU-Regionalpolitik ausgeht. Dieser ist nicht nur an der Summe verfügbaren Geldes zu messen. Wäre es nur das, dann wäre ein „EU-Nettozahler“ wie Österreich gut beraten, die Mittel für die Regionalpolitik gleich im Lande zu behalten und selbst zu verteilen.

Elemente der EU-Regionalpolitik

Tatsächlich haben die EU-kofinanzierten Regionalförderungsprogramme

- den Stellenwert der Regionalpolitik massiv erhöht und Schwerpunktsetzungen ermöglicht, die es sonst nicht gegeben hätte,
- einen primären Impuls zum Aufbau und zur Entwicklung der Zusammenarbeit auch über Grenzen hinweg gesetzt,
- eine neue Qualität der Partnerschaft der an der Regionalentwicklung Beteiligten entstehen lassen,
- eine Öffnung der Regionalpolitik und des Förderwesens in Bezug auf neue Ideen und neue Wege ausgelöst,
- einen wesentlichen Beitrag zur Professionalisierung der regionalen Entwicklungs- und Förderpolitik geleistet,
- und – last not least – die EU vor Ort „sichtbarer“ gemacht.

Die Bundesländer wollen daher, dass die bewährten Elemente der EU-Regionalpolitik auch in der nächsten Strukturfondsperiode ihre gute Fortsetzung finden.



Wichtige Inhalte der Länderposition

Den Ländern sind bei der Weiterentwicklung der Regionalpolitik folgende Punkte besonders wichtig:

- Neben der unbestrittenen Priorität für Ziel 1 ist eine Folgeregelung für Ziel 2 unverzichtbar.
Diese soll Gebieten mit unterschiedlichen Problemlagen, wie Grenzregionen, entwicklungsschwachen Regionen, strukturschwachen ländlichen und städtischen Gebieten und Gebieten mit natürlichen und lagebedingten Erschwernissen (z.B. Berggebieten) zugute kommen.
- Inhaltlich soll für diese Programme ein Themen-Menü angeboten werden, aus denen die Länder je nach konkreter regionaler Problemlage ihre spezifischen Programminhalte auswählen können.
- Ein derartiger „Menüplan“ könnte beispielsweise umfassen:
 - die Mobilisierung der endogenen Potenziale der Regionalentwicklung (Regionalmanagement, regionale und lokale Netzwerke und Initiativen);
 - die nachhaltige Stärkung der kleinteiligen Strukturen und die Sicherung der Daseinsvorsorge auf regionaler und lokaler Ebene;
 - die Standortentwicklung und den Ausbau der wirtschaftsnahen Infrastruktur;
 - die Förderung der Informations- und Wissensgesellschaft;
 - Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen;
 - Modernisierung von Industrie und Gewerbe und Stärkung der KMU, einschließlich Kooperationen und Cluster;
 - Förderung von Forschung und Entwicklung;
 - Förderung innovativer Formen des Tourismus und der Freizeitwirtschaft;
 - Förderung innovativer Lösungen im Bereich Umweltschutz und alternative Energien;
 - Förderung der sozialen Integration und Chancengleichheit;
 - Ausgleich für besondere natürliche und lagebedingte Erschwernisse.

■ Besonders wichtig ist es, für künftige Regionalfördergebiete keinen zu engen Gebietsrahmen zu setzen. Die Erfahrung zeigt, dass Regionalentwicklung regionale Zentren mit einschließen muss und dass ein Rückzug auf die periphersten Gebiete allein nichts fruchtet. Die sicherlich notwendige Konzentration des Mitteleinsatzes soll daher nicht durch unsachliche Gebietsreduktionen, sondern durch Schwerpunktsetzungen auf Themen von besonderer Bedeutung und durch Qualitätskriterien für Projekte erfolgen.

■ Für den ungünstigen Fall, dass Programme ersatzlos auslaufen, bzw. Teilgebiete aus der Fördergebietskulisse herausfallen, muss es befristete Übergangunterstützungen geben.

■ Die Fortsetzung von INTERREG ist auch aus Sicht der Länder wichtig. Das Schwergewicht soll dabei auf der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit liegen, die in allen Grenzregionen auch künftig wirkungsvoll unterstützt werden soll.

■ Auch die übrigen Gemeinschaftsinitiativen LEADER, EQUAL und URBAN sollen aus Sicht der Länder fortgesetzt werden.

■ Darüber hinaus vertreten die Länder die Auffassung, dass sie für regionale Programme die bestgeeignete Verwaltungsebene darstellen und bekunden ihren Anspruch, diese Funktion im Rahmen der Partnerschaft auch bei künftigen Programmen auszuüben.

■ Die tägliche Befassung mit diesen Programmen mündet schließlich auch in eine Reihe von Vorschlägen für organisatorische und administrative Verbesserungen. Die Länder sind sich dabei bewusst, dass diese Zielsetzung nicht nur auf europäischer Ebene, sondern auch im eigenen Verantwortungsbereich wahrzunehmen ist.,

Jetzt ist Gelegenheit, in der Frage der EU-Strukturfondsreform für die Zeit nach 2006 aktiv Position zu beziehen. Die österreichischen Bundesländer nutzen diese Chance. Sie tun das gleichermaßen in Mitverantwortung für das gemeinsame europäische Ganze, wie auch in legitimer Verfolgung ihrer im europäischen Kontext stehenden regionalpolitischen Interessen.

Die Kulturlandschaft der Alpen im Visier

Unter dem Titel „REGALP“ beschäftigt sich ein Forschungsprojekt mit der räumlichen Entwicklung und dem Wandel der Kulturlandschaft in den Alpen. Das Projekt will aufzeigen, welche Veränderungen der Kulturlandschaft in den nächsten 20 Jahren zu erwarten sind und wie die Politik zu einer zukunftsorientierten und nachhaltigen Entwicklung des Alpenraums beitragen kann.

Das Projekt REGALP wird von der Europäischen Union im 5. Forschungsrahmenprogramm gefördert und vom Bundesministerium für Wissenschaft und Kunst mitfinanziert. Am Projekt beteiligt sind Forschungseinrichtungen und Planungsbüros aus den sechs Alpenländern Österreich, Schweiz, Frankreich, Deutschland, Italien und Slowenien. In jedem Land wurde eine Pilotregion ausgewählt, deren Entwicklung eingehend untersucht wird und in der mit Regionsvertretern die Ergebnisse diskutiert werden.

Als Pilotregion in Österreich wurde die Region Wipptal gewählt. Da das Wipptal auch LEADER-Region ist, bieten sich Anknüpfungspunkte für über das Forschungsprojekt hinausgehende Aktivitäten. Die konkrete Umsetzung von Projektergebnissen wird dadurch leichter möglich.

Das Forschungsprojekt ist auf einen Zeitraum von 2 Jahren ausgelegt. Einzelne Ergebnisse liegen bereits vor, diese können unter <http://www.regalp.at> abgerufen werden. Hier finden Sie auch nähere Informationen zum Projekt.

Noch vor dem Sommer 2003 werden Workshops mit ausgewählten Vertretern in der Beispielsregion Wipptal abgehalten, im Herbst 2003 sollen konkrete Vorstellungen für die politische Umsetzung erarbeitet werden. Wir werden in der nächsten Ausgabe des RO-Info ausführlich darüber berichten.

Regionale Projekte

Andrea Fink, Carola Jud, Sigrid Hilger, Christian Stampfer

„Geld abholen zählt nicht“. Im Zentrum der Tiroler Regionalpolitik stehen die Lebensqualität und die zukünftige Entwicklung unserer Region.

In den vergangenen Ausgaben der RO-Info konnten Sie sich schon ein Bild von Projekten machen, die mit Geldern aus Brüssel kofinanziert wurden. Da die Bandbreite der Themen sehr breit ist, möchten wir abermals die Gelegenheit nutzen und Ihnen drei Projekte vorstellen:

- Ein Chancengleichheits-Projekt, gefördert durch Geldmittel aus dem Ziel2 Tirol Programm;
- „Via alpina“, ein transnationales Vorhaben, unterstützt durch das INTERREG III B –Alpenraumprogramm;
- „Regionalmarketing Pillerseetal“, eine Initiative aus dem Programm LEADER+, das seine Wurzeln bereits im Vorgängerprogramm gesetzt hat.

Chancengleichheit

Geschlechtsspezifische Ungleichheiten und Benachteiligungen von Frauen sind trotz bedeutender Fortschritte in vielen Bereichen weiterhin vorhanden. Gender Mainstreaming bedeutet, dass in allen Politikbereichen und Maßnahmen eine geschlechtssensible Perspektive integriert wird.

In den EU-Förderprogrammen ist das Gender Mainstreaming fix verankert. Im Rahmen des Ziel2-Programmes Tirol stehen EU-Fördermittel zur Finanzierung von entsprechenden regionalen Pilotprojekten zur Verfügung. Mittlerweile wurden drei solcher Pilotprojekte eingereicht und befinden sich derzeit in Umsetzung.

Eines davon betrifft die Studie zur Ermittlung der Chancengleichheit von Frauen in den Bezirken Imst und Landeck.

Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Die vorerst auf ein Jahr angelegte Studie verfolgt als Ziel die Erforschung der Ursachen der hohen Frauenarbeitslosigkeit in den beiden Bezirken. In der Folge sollen Maßnahmen zur Förderung der Chancengleichheit von Frauen am Arbeitsmarkt in der Region entwickelt werden. Die zentrale Fragestellung lautet: „Welche Voraussetzungen brauchen Frauen im Tiroler Oberland um eine Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu erreichen?“





Gender Mainstreaming

Gender : soziales Geschlecht

Gender beruht auf der Tatsache, dass sich Frauen und Männer nicht allein durch ihr biologisches (sex), sondern auch durch ihr soziales Geschlecht (gender) unterscheiden.

Das soziale Geschlecht (gender) bezeichnet die gesellschaftlichen Geschlechterrollen, die Vorstellungen und Erwartungen darüber, wie sich Frauen und Männer verhalten sollen. Das soziale Geschlecht strukturiert die Gesellschaft und bestimmt die Lebensbedingungen, die Frauen und Männer vorfinden.

Mainstreaming: die durchgehende Berücksichtigung bestimmter Fakten und Faktoren bei der Planung und Umsetzung von Aktionen auf allen Ebenen.

Gender Mainstreaming bedeutet somit, die verschiedenen Auswirkungen von gender auf Frauen und Männer sowohl auf der Planungs- als auch auf der Handlungsebene in allen Phasen eines Projekts zu berücksichtigen.

Gender Mainstreaming wurde 2002 per Beschluss der Tiroler Landesregierung als neue Handlungsstrategie zur Erreichung der Chancengleichheit von Frauen und Männern festgelegt.

Dadurch sollen geschlechtersensible Sichtweisen auf allen Ebenen von Handlungs- und Entscheidungsprozessen eingebracht und berücksichtigt werden.

Die Studie erfolgt in mehreren Projektphasen, die eine Bestandserhebung, die Erstellung eines Stärken-Schwächen-Profiles, die Erstellung eines Kooperationsmodells mit den regionalen Einrichtungen sowie die Erarbeitung konkreter Vorschläge für weiterführende Projekte beinhalten.

Die regionalen Einrichtungen (insbesondere Regionalmanagements, AMS, Bezirkshauptmannschaften, Wirtschafts-, Arbeiter- und Landwirtschaftskammern usw.) werden in der Umsetzung des Projektes intensiv eingebunden.

Im Rahmen der Studie sind die wirtschaftlichen Auswirkungen, die sich vor allem in den Bereichen des Arbeitsmarkts für Frauen und Männer zeigen, von besonderer Bedeutung. Welche Chancen Frauen und Männer am Arbeitsmarkt (nicht) zugänglich sind, wie hoch oder gering ihre Arbeit durch Ansehen und Einkommen bewertet wird, hängt auch von „gender“, dem sozialen Geschlecht und den Geschlechterrollen, ab.

Der Nutzen für die Region

In den Bezirken Imst und Landeck liegen die Arbeitslosenquoten tirolweit fast an der Spitze, wobei die Arbeitslosigkeit von Frauen überdurchschnittlich hoch ist.

So wies der Bezirk Landeck im Jahresschnitt 2002 eine Arbeitslosenquote von 9,51 % auf, wovon 11,85 % Frauen und 8,22 % Männer von Arbeitslosigkeit betroffen waren. Im Bezirk Imst lag die Arbeitslosenquote im Jahresschnitt 2002 bei 7,4 %, wobei 8,2 % Frauen und 6,8 % Männer betroffen waren. Auf Basis dieser Ausgangslage soll das Projekt zu einer nachhaltigen Verbesserung der Chancen für berufstätige Frauen in der Region beitragen, wobei die zur Verbesserung erforderlichen Kriterien ermittelt und konkrete Maßnahmen unter Einbeziehung der Einrichtungen vor Ort erarbeitet werden.

Kontakt: Mag. Annemarie Fahrner;
c/o Verein IRI, Ing. Ballerstr. 1, 6430 Imst;
Tel. 05412-66101 DW 14; Fax DW 20
E-Mail: annemarie.fahrner@iri.at

Weiterführende Informationen bietet
<http://www.gem.or.at>
<http://www.imag-gendermainstreaming.at>

Erste Ergebnisse

Bereits vorliegende Zwischenergebnisse der Bestandsaufnahme ergeben,

- dass Frauen mit Kinderbetreuungspflichtigen Schwierigkeiten haben eine Kinderbetreuung zu finden, die sich mit den Arbeitszeiten einer Erwerbstätigkeit vereinbaren lässt;
- dass öffentliche Verkehrsmittel zu manchen Tageszeiten wenig oder gar nicht fahren und in manchen Gebieten es kaum möglich ist, ohne eigenen PKW zur Arbeitsstätte zu kommen.

Aufgrund der regionalen Strukturen liegt der überwiegende Teil der Frauenarbeitsplätze im Tourismus und dort wiederum in den gering bis nicht qualifizierten Bereichen.

Damit verbunden sind niedriges Einkommen und starke Fluktuation bzw. Saisonarbeitslosigkeit. Es bestehen wenige Anreize für Weiterqualifizierung bzw. Ausbildungen in anderen Berufen.

Derzeit gibt es in den Bezirken wenig Aktivitäten zur Förderung des beruflichen Wiedereinstieges nach Berufsunterbrechungen (Kinderbetreuung, Pflege Angehöriger, etc.) – allerdings existieren hier auch einige richtungweisende positive Beispiele. Trägervereine des Projektes sind der Tiroler Beschäftigungsverein sowie die Regionalentwicklungsvereine IRI vom Bezirk Imst und MIAR vom Bezirk Landeck.

Der Projektstandort ist Imst, im Verein IRI angesiedelt. Projektkoordinatorinnen und Verantwortliche für die Umsetzung der Studie sind zwei Psychologinnen - Mag. Annemarie Fahrner und Dr. Claudia Gold. Beide Expertinnen bringen umfassende Berufserfahrungen in den Bereichen Frauen, Arbeitsmarkt und Chancengleichheit mit. Begleitet wird die Studie von einer regelmäßig tagenden Steuerungsgruppe, an der VertreterInnen der Trägervereine sowie des Landes Tirol mitwirken.



VIA ALPINA – Auf fünf Wegen durch acht Alpenstaaten

*Fünf internationale Wanderstrecken mit 341 Etappen und mehr als 5000 Kilometer:
Das sind die Eckdaten des transnationalen Projektes im Alpenraumprogramm.*

Die Alpen sind eines der weltweit meistbesuchten touristischen Ziele: hier treffen sich die Einwohner mit auswärtigen Wintersportlern und Sommerfrischlern, mit den vielen Tages- und Ausflugs Gästen. Darüber hinaus sind die Alpen ein Gebiet mit einer besonders reichen und wechselvollen Geschichte, ein aktiver Wirtschaftsraum, und ein Gebiet mit kleinstrukturierter Kultur, mit verschiedenen Sprachräumen und überraschend lebendigem Brauchtum. In der bereits 1991 von den acht Alpenstaaten unterzeichneten Alpenkonvention wird der Wille unterstrichen, die nachhaltige Entwicklung der Alpen in einer überregionalen Sicht zu gewährleisten. Dieser internationale Vertrag umfasst die sogenannten Durchführungsprotokolle aus fast allen Bereichen der Planung und Wirtschaft.

In diesen Rahmen passt u.a. das 2002 im Interreg-III B-Alpenraumprogramm genehmigte Projekt Via Alpina. Es wurde daher auch vom Ständigen Ausschuss als konkreter Beitrag zur Umsetzung der Alpenkonvention anerkannt.



Via Alpina



Projektorganisation

Die Regionen und Staaten der Alpen sind durch ein stark vernetztes Strassengeflecht verbunden, ergänzt durch alte Saumwege und Passübergänge. Gerade diese starken Wegeverflechtungen will man in dem vorgestellten Projekt nutzen.

Auf Initiative des französischen Vereines La Grande Traversée des Alpes erarbeiteten die verschiedenen Institutionen und Tourismusverantwortlichen eine Streckenführung durch die acht Alpenstaaten und somit den gesamten Alpenbogen.

Neben diesem Verein, der als sog. Leadpartner fungiert und für die Gesamtabwicklung des Projektes verantwortlich ist, konnten maßgebliche Partner aus allen Staaten gewonnen werden, die sich auch mit nationalen Mitteln an dem Projekt beteiligen. Die Gesamtprojektkosten liegen bei über 2,3 Mill. EUR, 50 % werden über EFRE-Mittel finanziert.

Projektziele

Das Projekt wurde in der Maßnahme 3.2. eingereicht. In dieser geht es um die „pflegerische Bewirtschaftung und Förderung von Landschaften und Kulturerbe“.

Beschäftigt man sich etwas genauer mit den Inhalten, so erfährt man, dass es bei den dieser Maßnahme zugeordneten Projekten vor allem um folgende Ziele geht:

- Die Inwertsetzung der traditionell genutzten Kulturlandschaft und die Verbindung mit Ökosystemmanagement;
- dem Schutz und der Verbesserung von Kulturerbe durch Sammlung, Informationsaustausch und gemeinsame Aktivitäten;
- der Erhaltung und Weiterentwicklung der regionalen Vielfalt an Kulturbeständen;
- der Erhaltung und Betreuung typischer Landschaftscharakteristika in naturräumlicher und kultureller Hinsicht.

Weiterführende Informationen bietet
<http://www.via-alpina.com>

Projekthinhalte

Nun stellt sich die berechtigte Frage: was haben die Wege der Via Alpina mit all diesen Zielen zu tun?

Die Wanderwege selber sind als „roter Faden“ des Gesamtprojektes zu verstehen. Entlang der Wege, mit deren Beschilderung im Sommer 2002 begonnen wurde, werden die Besonderheiten der regionalen Kultur und der natürlichen Umwelt in den Mittelpunkt gerückt.

Diese beiden Elemente sind auch ein wesentliches Unterscheidungsmerkmal der Alpenregionen. Aus diesem Grund wird gerade in den Förderprogrammen, die sich mit der Entwicklung der ländlichen Räume und von strukturschwächeren Gebieten befassen, dieser Themenkreis umfassend aufgegriffen. Der Zusammenhang von Kultur und einer gemäßigten touristischen Entwicklungsmöglichkeit wird dabei ebenso hergestellt wie die Förderung des regionalen Bewusstseins bei der Bevölkerung der Regionen Kultur macht auch stolz auf die Besonderheiten der eigenen Umwelt!

So sollen neben den Wegen auch zahlreiche Initiativen zur Angebotsbereicherung und lokalen Entwicklung entstehen und gefördert werden. Hierbei soll die Via Alpina als Schaufenster der Alpenregion fungieren.

Die Dienstleistungsanbieter an den Etappen sollen zur Mitarbeit angeregt werden, so dass neben den Unterkunftsanbietern auch das Kunsthandwerk, die Gastronomie mit typischen Produkten und andere touristische Leistungsanbieter davon profitieren.

Geplant ist neben einem Wanderpass für die Einzelrouten auch ein Arbeitskreis, der sich mit der Qualitätssicherung auf Hütten und Wegen befasst.

Betrachtet man diese Vorhaben und kennt ein wenig die Schwierigkeiten überregionaler und zudem transnationaler Arbeit, so ist die Via Alpina im sprichwörtlichen Sinne genau das, was man auch zu einer gemeinsamen nachhaltigen Regionalentwicklung im Alpenraum zurücklegen muss: Ein weiter Weg!



Regionale Impulse durch „Regionsmarketing Pillerseetal“

Ein wesentliches Ziel von LEADER+-Gebieten ist die Stärkung der regionalen Identität, um damit die Basis für ein eigenständiges Regionsbewusstsein zu schaffen.

Die Gemeinden Fieberbrunn, Hochfilzen, St. Jakob in Haus und St. Ulrich am Pillersee wurden 1996 in das Programm LEADER II aufgenommen – die Gemeinde Waidring trat dem Verein 1998 bei.

Diese Kleinregion hat es von Anfang an verstanden den LEADER-Gedanken richtig zu interpretieren, nämlich als ein Programm zur Entwicklung des ländlichen Raumes in einer sehr umfassenden und gesamtheitlichen Sichtweise.

Die Hauptprojekte der Region bestanden in großteils regionsübergreifenden und daher sehr intergrationswirksamen Großprojekten.

Erst gründeten die Tourismusverbände eine Werbegemeinschaft. Vor zwei Jahren erfolgte dann die Fusionierung zu einem gemeinsamen Verband. Kreativen Akteuren im Bereich Dorferneuerung war es dann zu verdanken, dass einzelne Dorferneuerungsprojekte zu einer „Regionalen Dorferneuerung“ zusammengefasst wurden – das war die Geburtsstunde des Regionslogos.

Das Logo – von den Gemeinden und dem Tourismusverband getragen – musste nun transportiert werden. Neben dem Versuch, dieses neue Regionszeichen so oft als möglich, vor allem touristisch, zu platzieren setzte man mit einer Art einheitlicher „Ortstafeln“ an jedem Ortsanfang und Ortsende ein konkretes Signal einer gemeinsamen Region. Um die

Region auf breiterer Basis zu vermarkten wurde schlussendlich die Projektgruppe „Regionsmarketing“ mit Mitgliedern aus Bereichen der Wirtschaft und des öffentlichen Lebens gegründet.

Die Zielsetzung des Projektes ist der Aufbau eines Regionsmarketing im Sinne eines Standortmarketing und hat als Schwerpunkte folgendes Arbeitsprogramm:

- Regionaler Veranstaltungskalender,
- Weiterentwicklung des Logos,
- Mutationen und Slogans für verschiedene Anlässe und Wirtschaftssektoren,
- Markenentwicklung,
- Innenwerbung mit Direktmailings,
- Motivation und Sensibilisierung der heimischen Wirtschaftstreibenden (Musterbriefe),
- Werbemittelbeschaffung,
- koordinierte Internetauftritte.

Es ist das Ziel der Region über bestehende Qualitätsprodukte wie Pillersee'r Holzhaus, Käse, Yoghurt, Pillersee Holz, Schuherzeugung, Pharmaartikel, Wellnessartikel massiv die Region als Marke bekannt zu machen und damit zu stärken.

Weiterführende Informationen bietet <http://www.pillerseetal.net>

PillerseeTal

Offizielle Anerkennung für den Naturpark Kaunergrat (Pitztal-Kaunertal)

Im Mai 1998 wurde von den Gemeinden des Pitz- und Kaunertales der Verein Naturpark Kaunergrat (Pitztal – Kaunertal) gegründet. Dieser setzte sich für die Errichtung und in weiterer Folge Betreuung eines Naturparks mit allen damit verbunden Aktivitäten im Tiroler Oberland ein. Der Verein wird bei der Umsetzung seiner Ziele finanziell von der Tiroler Landesregierung und von der EU unterstützt. Vier Jahre Aufbauarbeit erforderten viel Engagement und Verhandlungsbereitschaft von allen Beteiligten. Schließlich wurde aus der Idee ein anerkannter Naturpark Kaunergrat (Pitztal-Kaunertal), der am 15. April 2003 nun von der Tiroler Landesregierung das Prädikat erhielt.

Die offizielle Verleihung des Prädikates wird am 19. Juli 2003 im Rahmen des Naturpark-Huangarts im Kaunertalcenter in Feichten stattfinden!



<http://www.naturpark-kaunergrat.at>

urban.alps

Alpine Kleinzentren machen Zukunft

Andreas Falch

Alpine Regionen stehen heute vor der Herausforderung, sich im längst globalisierten Wettbewerb der Standorte neu positionieren zu müssen. Künftig geht es darum, dass sich öffentliche und private Aktivitäten zu einer regionalen Standortpolitik koordinieren.

Motiv

Die bekannten Besonderheiten von Bergregionen (insbesondere die topographischen Voraussetzungen) führen dazu, dass in diesem Wettbewerb um Standortentscheidungen besondere Erschwernisse auftreten. Standortfaktoren wie Fläche, Erreichbarkeit, Einzugsbereich oder auch ökologische Belastbarkeit können im

Vergleich zu konkurrierenden (nicht alpinen) Regionen nur bedingt oder nur mit höherem Aufwand - z.B. durch Sicherung vor Naturgefahren, dichtere Bauweise, etc. - angeboten werden. Verstärkt durch eine europäische Politik der Gunstlagen, welche sich in unterschiedlichen Konzepten und europäischer Raumpolitik feststellen lassen und zu Raumsystemen wie jenem der blauen Banane führen¹⁾,

sind den Bergregionen gut entwickelte Ballungsräume vorgelagert. Die Zentralalpen und die angrenzenden Ballungsräume im Süden Deutschlands, im Norden Italiens oder auch im Osten Österreichs sind dafür ein gutes Beispiel. Genau die den Bergregionen vorgelagerten Zentralräume können mit hoch attraktiven Standortausstattungen wie Bildungsangeboten, Freizeitangeboten, qualifizierten Arbeitsplätzen, etc. eine Attraktivität am Standort erzeugen, welche vor allem auch Menschen dazu bewegen, Bergregionen zu verlassen.

So müssen wir feststellen, dass vor allem junge Menschen mit guter Ausbildung diese Angebote zu nutzen versuchen und insbesondere periphere Bergregionen verlassen.

Wir spüren auch im Bezirk Landeck unmittelbar, dass wir als Standort in direktem Wettbewerb mit alternativen Standorten in ganz Europa und – in bestimmten Funktionen wie beispielsweise dem Tourismus – auch darüber hinaus im globalen Umfeld stehen, und darauf gleichzeitig nicht besonders gut vorbereitet sind.

Als letztes Glied in der Reihe der zentralen Orte und damit als erster Anlaufpunkt für eine regionale Nachfrage nach einem Mindestmaß an erreichbarer, hochwertiger und konzentrierter Infrastruktur laufen wir damit Gefahr, dem Druck der übergeordneten Zentren nicht standhalten zu können und damit auch der gesamten Region das „Rückgrat“ zu nehmen.

¹⁾ Zentraleuropäische Entwicklungsachse von Südengland (London) über Westdeutschland (Ruhrgebiet) und Süddeutschland bis Norditalien.



Umsetzung

Vor diesem Hintergrund wird klar, dass es künftig in besonderem Maß darum gehen muss, öffentliche und private Aktivitäten im Sinne einer regional profilierenden und identitätsstiftenden Standortpolitik zu setzen und zu koordinieren.

Insbesondere die Raumplanung in ihrer beratenden Funktion wird dabei in enger Zusammenarbeit mit der Politik aufgefordert sein, sich über die Grenzen der bewährten Raumordnungsinstrumente hinaus auf profilierende interkommunale, intraregionale und interregionale Prozesse und Projekte einzulassen.

Dadurch entstehen Regionen mit zukunftsweisenden Profilen und attraktiven Angeboten, welche den Menschen auch in peripheren alpinen Gebieten glaubhafte Perspektiven für zukunftsfähige Entwicklungen und eigenständiges Engagement eröffnen.

Es wird darum gehen, ausgehend von und aufbauend auf den vorhandenen regionalen Besonderheiten und Ausstattungen „Kompetenzregionen“ zu entwickeln, welche sich in ihren jeweiligen Sektoren mehr oder weniger konkurrenzlos als Produkt und Marke am Standortmarkt etablieren können.

Die Abstimmung regionaler Strategien und einzelner Gebiets- und Standortentwicklungen auf kommunaler Ebene muss dazu führen, dass Standorte mit glaubhaftem Image entstehen.

Kleinzentren müssen diesen regionalen Prozess aktiv anführen und von sich aus initiieren. Es wird die Aufgabe dieser Zentren sein, Tor und Rückgrat der Regionen zu sein, soziale und technische Infrastruktur soweit an die peripheren Gebiete heranzuführen, dass damit Abwanderungstendenzen Einhalt geboten werden kann, und nach außen und innen regionale Visitenkarten entstehen.

Alpine Kleinzentren müssen sich aktiv als Knoten- und Anbindungspunkt zu übergeordneten, größeren Raumstrukturen etablieren und dabei gleichzeitig ihre Rolle als regionaler Ankerpunkt weiter stärken. Alpine Regionen sind aufgefordert, ihre Zukunft im europäischen Kontext der Standorte zu gestalten, und die zugehörigen Kleinzentren sind als Motor regionaler Perspektiven zu verstehen. Die Partnergemeinden von „urban.alps - alpine Kleinzentren machen Zukunft“ versuchen diese Herausforderungen gemeinsam zu formulieren, Erfahrungen auszutauschen und eine grenzüberschreitende Plattform für alpine Kleinzentren zu schaffen.

Aktivitäten - Ziele – Resultate

Das Symposium in Landeck vom 27.11.02 bis 29.11.02 war der Auftakt zur Initiative urban.alps.

Landeck hat es sich als Initiator aus den eigenen Erfahrungen heraus zur Aufgabe gemacht, die Zukunft alpiner Kleinzentren zu thematisieren. Fragen und Herausforderungen wie Bildungsangebot, Arbeitslosigkeit, Budgetrestriktionen, Abwanderung oder Wettbewerbsfähigkeit am „Standortmarkt“ welche sich in vielen Teilen schon während der Erstellung des örtlichen Raumordnungskonzeptes immer wieder gestellt hatten, waren Ausgangspunkt für den Versuch

eines Schulterschlusses mit anderen alpinen Kleinzentren. Unterstützt durch die Tiroler Landesregierung und die EU konnten Kontakte mit Kleinzentren aus anderen Bergregionen in Europa entstehen. Die Gemeinden Bruneck (Italien), Tolmin (Slowenien), Kezmarok (Slowakei) und Landeck haben sich schließlich gemeinsam mit den Raumplanern Andreas + Friedrich FALCH (Landeck) zusammengefunden und die Initiative „urban.alps - alpine Kleinzentren machen Zukunft“ gestartet.



Landeshauptmannstellvertreter Hannes Gschwentner und der damalige Landesrat und nunmehrige Bundesminister Günther Platter als aktive Teilnehmer bei der urban.alps Veranstaltung in Landeck.

Meinungen – Reaktionen

“Meiner Ansicht nach, hat dieses Symposium über alpine Kleinzentren ein sehr wichtiges und lange vernachlässigtes Thema aufgegriffen: Wie kann man den Druck der großen Städte entgegnen, die junge, gut ausgebildete Leute und Investitionen anziehen? Welche Aktivitäten sind notwendig, um Abwanderung oder den Zerfall der kulturellen Landschaft zu stoppen?”
(Lucijan Rejec, Tolmin)

“Eine Abwanderung der Studenten stellt ein großes Problem dar. Wie kann man die jungen Leute in einer alpinen Kleinstadt halten und interessieren?”
(Ludmila Soskova, Vertreterin der Tourismusschule Kezmarok)

“(…) Unabhängig davon, dass wir von sehr unterschiedlichen Gegenden kommen, haben wir doch festgestellt, dass wir alle mit sehr ähnlichen Problemen konfrontiert sind: Landschaft, Landflucht, Bodenpolitik, Entwicklungsprobleme.”
(Janko Humar, Leiter der Delegation aus Tolmin)

“Das alpine Kleinzentrum ist Motor für das Hinterland bzw. die umliegenden Gemeinden. Deshalb ist es wichtig, dass ein alpines Kleinzentrum bzw. der jeweilige Hauptort nicht nur über sämtliche öffentliche Einrichtungen wie Krankenhaus, Landesämter, etc. verfügt, sondern auch eine gesunde Wirtschaftsstruktur aufweist.”
(Christian Tschurtschentaler, Bürgermeister von Bruneck)

“Nur wenn der Hauptort einer Region stark ist, kann auch das Hinterland profitieren.”
(Christian Tschurtschentaler, Bürgermeister von Bruneck)

Vorstellungen - Beschreibungen

TOLMIN

Tolmin, gleichnamig wie die Region, ist der größte Ort im oberen Sočagebiet. Die Stadt ist das wirtschaftliche, kulturelle und administrative Zentrum dieses Tals. Die Stadt liegt auf einer sonnigen Terrasse über dem Zusammenfluss von Soča und Tolminka. Aufgrund der ausreichenden Entfernung von den steilen Gebirgstälern, vom Meer und den Gorica-Ebenen, ist die Region durch ein im Winter wie Sommer sehr freundliches Klima gekennzeichnet.

Die Region Tolmin hat 12.500 Einwohner (die Stadt: 4.000), besteht aus 72 Ortschaften und hat eine Fläche von 382 km². Niedrigster Punkt in diesem Gebiet ist der Stausee Most na Soči (150 m) und höchster Punkt Tolminski Kuk (2085 m).

Die Stadt Tolmin ist 40 km von Nova Gorica, 60 km von Triest, 80 km von Udine, 100 km von Ljubljana und 170 km Venedig entfernt. Einer der wichtigsten Wirtschaftszweige der Region ist der Tourismus. Natur- und Erholungstourismus (Fahrradtouren, Angeln, Fliegenfischen, Trekking und Bergsteigen, Sport-Klettern, Wassersport) ebenso wie der Kulturtourismus Höhlenforschung.

Wichtige Zentren sind das „Soča Tal“, die „Smaragdstrasse“ und der „Triglav Nationalpark“.

Durch die schnelle Entwicklung des Tourismus in der Region fehlt es in Tolmin an Investoren und auch an der nötigen Infrastruktur.

Die Herausforderung der Region liegt in einer langfristigen nachhaltigen und integrierten Entwicklung auf Basis touristischer Potentiale, die nicht auf kurzfristigen Profit ausgerichtet ist.



KESMAROK

Gabriela Bodnarova / Kezmarok:

„Ich möchte Ihnen gern unsere kleine Stadt Kezmarok vorstellen. Unsere Stadt ist nur 24,8 km² groß. Nach Landeck sind wir von der Nordslowakei durch ganz Österreich von Ost nach West durchgefahren.“

Kezmarok liegt im Norden der Slowakischen Republik in der Umgebung der Zips unter den Hochbergsgipfeln der Hohen Tatra. Die Stadt hat ein gutes Verkehrsnetz: Man erreicht schnell die Grosstädte Kosice /Kaschau – 120 km, Krakau /Polen - 150 km, (...) und die Hauptstadt Bratislava - 340 km.

Die Stadt entstand durch den Zusammenschluss mehrerer Ortschaften mit ursprünglicher slawischer Bevölkerung und einer Ortschaft mit deutschen Einwandern. (...) Die günstige geographische Lage der Stadt direkt an der Handelsstrasse vom Orient nach Nordeuropa trug zur dynamischen Entfaltung von Handwerk und Handel bei. Gegenwärtig gibt es in Kezmarok 17.500 Einwohner, damit steht sie an der 47. Stelle von 136 Städten der Slowakei.

Von der berufstätigen Bevölkerung sind 38 % in der industriellen Produktion tätig, 28 % in Handel und Dienstleistung, 4 % im Gesundheitswesen, 8 % im Schulwesen, 19 % in Verwaltungen und Bankwesen und 3 % im Bauwesen. Ein großer Anteil der gesamten Einwohner (19 %) sind arbeitslos, deshalb bemühen wir uns, neue Investoren in unsere Stadt zu bringen.

Die langjährigen Traditionen in Industrie, Wirtschaft, Handwerk und Tourismus sowie die verschiedenen Ausbildungsmöglichkeiten erlauben der Stadt und der Bevölkerung optimistisch in die Zukunft zu schauen.“

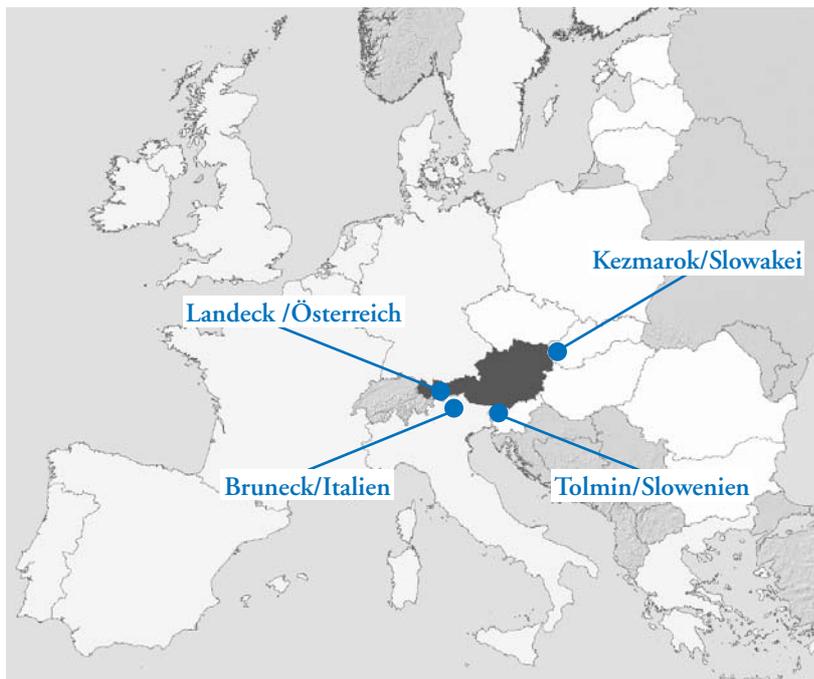
BRUNECK

Auf halbem Weg zwischen dem Eisenbahnknotenpunkt Franzensfeste und der Staatsgrenze bei Vierschach, liegt der Hauptort des Pustertales, die alte Stadt Bruneck. Bruneck ist eine Kleinstadt mit rund 13.600 Einwohnern, einer Fläche von 45,07 km² und liegt 835 m über dem Meeresspiegel. Die Stadt ist umgeben von einer Reihe von Dörfern, die auf den Mittelgebirgen oder am Fuße der den Talkessel säumenden Berge liegen. Nach Süden hin zieht sich das Gadertal in die Bergwelt der Dolomiten, nach Norden erstreckt sich das Ahrntal in die Zillertaler Alpen.

Bruneck ist in kultureller, wirtschaftlicher und verkehrstechnischer Hinsicht das Zentrum des Pustertales. Seit der Nachkriegszeit hat sich Bruneck mehr und mehr zu einem Wirtschaftszentrum entwickelt und ist Standort zahlreicher Industrie-, Handels- und Handwerksbetriebe geworden. In Bruneck finden rund 9.000 Menschen Arbeit. Das Tal mit seinen vielen Nebentälern war früher hauptsächlich von bäuerlicher Bevölkerung bewohnt, die Viehzucht, Ackerbau, Forst- und Almwirtschaft betrieb. Für alle diese Produkte ist Bruneck heute noch der Umschlagplatz, der in der Stadt das geschäftige Treiben in Handel und Wirtschaft bewirkt. Allerdings hat sich das Bild in den letzten Jahrzehnten etwas geändert. Das Haupttal und die Nebentäler sind im wesentlichen Bauernland geblieben, doch der in den letzten Jahrzehnten so stark angestiegene Fremdenverkehr hat dazu geführt, dass in allen Orten Hotel- und Gastbetriebe sowie Pensionen und Kaufhäuser aller Art entstanden sind. In den letzten Jahren hat die Stadt als Luftkurort große Bedeutung erlangt.

Neben Kaufhäusern und Handwerksbetrieben aller Art gibt es in Bruneck noch einige bekannte Kunsthandwerker.





Ziele

Ziel des Symposiums in Landeck war vor allem, über einen einmaligen Showeffekt einer europäisch besetzten Veranstaltung im „Internationalen Jahr der Berge“ hinauszukommen.

Es sollte ein Versuch werden, neue europäische Wege alpiner und regionaler Entwicklungsarbeit zu bestreiten. Vor dem Hintergrund der eingangs erwähnten Konkurrenz der Standorte und einer wenn auch nicht offenen, aber dennoch spürbaren europäischen Gunstlagenpolitik im Bereich der Raumentwicklung war das Ziel zunächst ein Einfaches und dennoch sehr Komplexes: ein Auftakt zu einem Schulterchluss der Bergregionen und ihrer Kleinzentren in Europa. Gewissermaßen ein konstituierendes Treffen.

Resultate

Im Sinne aller Beteiligten kann zusammengefasst und abstrahiert werden: Es geht zunächst um den Versuch, den Begriff der Regionen und ihrer Hierarchien in Europa aufzubrechen.

Weiters gilt festzustellen, dass es längst an der Zeit ist, Regionen als Identitätsräume zu verstehen, welche Menschen und damit ihr Engagement zu binden vermögen.

Dazu müssen entsprechende regionalpolitische Schwerpunkte und Programme formuliert und auch umgesetzt werden.

Regionen mit Zukunft sind in den Köpfen der Menschen und nur in Teilen mittels geographischer Koordinaten abzugrenzen. Es muss verstanden werden, dass Berg-

regionen und deren Kleinzentren in Europa abgehoben vom Anspruch statistisch einheitlicher regionaler Gliederungen und damit verbundener Verwaltungshierarchien eine eigenständige regionale Einheiten bilden.

Alpine Regionen und Kleinzentren in Europa stehen vor vergleichbaren Herausforderungen, sind wichtige Ressource für nichtalpine Gebiete, bewährter Freizeit- und Erholungsraum und müssen auch attraktiver Lebensraum bleiben. In diesem Sinn liegt es nahe, den Versuch zu wagen, eine „Europaregion“ alpiner Kleinzentren zu bilden, um in der europäischen Raumentwicklung Interessen zu bündeln und damit an Gewicht zu gewinnen.

Zugegeben, es befremdet zunächst, sich eine Region vorzustellen, welche aus einzelnen räumlich nicht verbundenen Teilen besteht. Dennoch hatten viele der Teilnehmer das Erkennen der Gemeinsamkeiten, den Wert des Austausches von Erfahrungen und die Bündelung der Interessen und Aktivitäten auf europäischer Ebene als die zentrale Botschaft von urban.alps formuliert.

Die Zukunft der Bergregionen zu sichern – so wurde im Laufe der Veranstaltung mehrfach klar – ist in Europa politisches Ziel, soziale, ökonomische und strukturelle Herausforderung und ökologische Notwendigkeit.



Aussicht

urban.alps als konstituierendes Treffen war in jedem Fall ein unerwartet großer Erfolg.

Das Proponentenkomitee ist gebildet. Ob es gelingt, diese Plattform nachhaltig zu einem starken Sprachrohr alpiner Kleinzentren und Regionen in Europa zu machen, wird sich zeigen. urban.alps ist daher keine abgeschlossene Veranstaltung, sondern vielmehr die Aufforderung an alle Beteiligte, sich den Aufgaben zu stellen und den Prozess der Entwicklung und Vernetzung alpiner Kleinzentren zu tragen und voranzutreiben.

Tirol hat durch diese Initiative gezeigt, im Bereich regionaler alpiner Entwicklung führende Aktivitäten setzen zu können.

Die Herausforderung besteht nun darin, vorhandene Erfahrung, neue Projekte und Aktivitäten in Tirol künftig so zu konzentrieren, dass daraus nicht nur leistungsfähige und zukunftsfähige Kleinzentren und Regionen entstehen können, sondern darüber hinaus in Sachen alpiner Entwicklung auch eine neue Kompetenzregion Tirol etabliert werden kann.

Wir sollten diese Chance nutzen.

Dipl.-Ing. Andreas FALCH
 Fischerstrasse 9
 A- 6500 Landeck
 Tel.: 05442-63320
 Fax: 05442-63320-8
 E-Mail: office@falch.at
 http://www.falch.at



Die Bedeutung alpiner Kleinzentren aus Sicht der Landes- und Regionalplanung in Tirol

Franz Rauter

Wenn von der Beziehung zwischen Städten und den sie umgebenden ländlichen Gemeinden die Rede ist, steht oft die Konkurrenzsituation im Vordergrund. Tatsächlich ist aber erfolgreiche Regionalentwicklung in zunehmendem Maße nur mehr möglich, wenn Gemeinden arbeitsteilig zusammenarbeiten. Den so genannten Zentralen Orten fällt dabei eine wichtige Rolle zu.

Klarstellung des Begriffes

Wenn in der Folge der Begriff „Kleinstädte“ verwendet wird, so sind damit zentrale Orte mittlerer Stufe in der Funktion eines Bezirkshauptortes gemeint. In Tirol sind das zunächst die Gemeinden Reutte, Landeck, Imst, Schwaz, Kufstein, Kitzbühel und Lienz. Aufgrund ihrer Größe und

Bedeutung können zusätzlich Telfs, Hall i.T., Wörgl und St. Johann i.T. hier mit eingereicht werden.

In diesen elf Gemeinden leben 113.000 Einwohner und damit fast genau gleich viele wie in der Landeshauptstadt Innsbruck. Damit ist zugleich auch schon eine Aussage über ihre Bedeutung im Siedlungsgefüge des Landes gemacht.

Übergeordnete Konzepte

Das Europäische Raumentwicklungskonzept (EUREK) 1999 formuliert das Ziel einer polyzentrischen und ausgewogenen Raumentwicklung der Europäischen Union. Im Kern steckt dahinter die Vorstellung von einem Netzwerk der großen europäischen Städte, die durch die transeuropäischen Infrastrukturnetze miteinander verbunden werden. Ausgehend von diesen Wachstumspolen soll eine integrierte Raumentwicklung erfolgen, die den ländlichen Raum und seine Städte mit einbezieht.

Eine eigenständige, vielfältige und leistungsfähige Entwicklung ländlicher Räume erfordert in diesem Sinne auch eine Neubewertung der Partnerschaft von Stadt und Land. Kleine und mittlere Städte als Kristallisationskerne im räumlichen Beziehungsgefüge „bedürfen einer besonderen Aufmerksamkeit bei der Konzeption integrierter ländlicher Entwicklungsstrategien“. Zudem regt das EUREK auch eine Vernetzung der kleinen und mittleren Städte untereinander an. Durch den Austausch von Erfahrungen und Zusammenarbeit sollen sie in die Lage versetzt werden, den Herausforderungen der Zukunft besser gewachsen zu sein.

Auch das Österreichische Raumentwicklungskonzept (ÖREK) 2001 betont im Abschnitt über die Entwicklung ländlicher Regionen die Notwendigkeit, regionale Zentren zu fördern und deren gute Erreichbarkeit sicherzustellen.





Grundprinzipien der Landesentwicklung

Die im Tiroler Raumordnungsgesetz festgelegten Grundsätze der überörtlichen Raumordnung haben bei näherem Hinsehen einen sehr deutlichen Bezug zur besonderen Bedeutung der Kleinstädte.

- Das Gebot der nachhaltigen Nutzung der natürlichen Ressourcen,
- die Forderung, dass Raumordnung der Bevölkerung ein höchstmögliches Maß an Lebensqualität in einem umfassenden Sinne bieten soll,
- das Streben nach regionaler Ausgewogenheit in der wirtschaftlichen Entwicklung und nach möglichst selbst bestimmter Entwicklungssteuerung auch auf regionaler Ebene sowie
- die Aufforderung zu vermehrter Zusammenarbeit auch über Grenzen hinweg.

sprechen sehr stark für ein räumliches Entwicklungsmodell der dezentralen Konzentration als bestmögliche räumliche Entwicklungsstrategie unter Rahmenbedingungen eines kleinstrukturierten al-

Dezentrale Konzentration

bedeutet, dass Bevölkerung, Arbeitsplätze und Infrastruktureinrichtungen in Siedlungskernen unterschiedlicher Größe konzentriert sind, die gleichmäßig über das ganze Land verteilt sind. Dies ist ein Ausdruck der föderalen Struktur eines Landes und hat Vorteile für die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, die Erreichbarkeit sowie die Versorgung der Bevölkerung.

pinen Landes. Im Interesse der Erhaltung und Entwicklung des Lebens- und Wirtschaftsraumes in den alpinen ländlichen Regionen muss die regionale Ebene gestärkt werden.

Dies erfordert aber zwingend auch die Stärkung der regionalen Zentren. Nur so kann den großräumig wirkenden Zentralisierungsprozessen, die dem freien Wettbewerb innewohnen, aktiv entgegengetreten werden.

Geschieht dies nicht, besteht angesichts der zuvor angesprochenen europäischen und großräumigen Entwicklungstendenzen die Gefahr, dass insbesondere die abgelegenen ländlichen Gebiete ihre Entwicklungsperspektiven einbüßen.

In Tirol wird diese Gefahr zwar durch einen leistungsstarken Tourismus gemildert. Sie ist aber in der Tendenz auch hier gegeben, zumal mittlerweile auch im Tourismus Konzentrationsprozesse auf die bestgeeigneten Standorte ganz eindeutig festzustellen sind (siehe dazu RO-Info 23).

Für die Raumplanung in Tirol ergibt sich daraus insofern die Notwendigkeit einer „Neuorientierung“, als die seit geraumer Zeit zu beobachtende, sehr große Zurückhaltung in der überörtlichen Raumordnung angesichts unübersehbarer Notwendigkeiten regionalen Handelns wohl nicht mehr aufrecht zu erhalten sein dürfte.

Starke Regionen brauchen starke Zentren

Kaum jemand wird mittlerweile ernsthaft bestreiten wollen, dass Kleinstädte und die ihnen zugeordneten Regionen in Wirklichkeit untrennbare räumliche Einheiten bilden, die auf Zusammenarbeit angewiesen sind und daraus gegenseitigen Nutzen ziehen. Eine räumliche Entwicklungspolitik, die stattdessen primär auf den Wettbewerb der einzelnen Gemeinden setzt und auf regionale Optimierungen verzichtet, wird den heutigen Erfordernissen nicht gerecht.

10 Jahre – Regionalmanagementverein MIAR

Um strukturschwache Regionen Tirols gezielt unterstützen zu können, beschloss die Tiroler Landesregierung im Jahre 1990 das Entwicklungsprogramm für wirtschaftlich benachteiligte Gebiete. Die Umsetzung dieser eigenständigen Regionalentwicklung wurde in Landeck mit der Einrichtung des Regionalmanagementvereins MIAR (Mittelfristige Initiative für eine angepasste Regionalentwicklung) im Jahr 1992 auf professionelle Beine gestellt.

Die diesjährige Vollversammlung am 24.04.2003 stand im Zeichen der 10-Jahres Feier des Vereins. In den Jahren ihrer Tätigkeit zeichnete sich bei MIAR durchaus auch ein Wandel in der Schwerpunktsetzung ab. Standen in den Anfangsjahren noch strategische Schwerpunkte der Bezirksentwicklung im Vordergrund, so verlagerte sich das Geschehen zwischenzeitlich sehr stark zu projektorientierter Arbeit.

Bedeutsame Projekte des Vereins MIAR sind z. B. das Altenhilfe- und Deponiekonzept, die Lernwerkstatt Landeck, Nahversorgung, Pflegerhelferausbildung, Messe Landeck. Aktuelle Arbeitsschwerpunkte sind z.B. die Via Claudia Augusta, die Plattform „Wasser Tiroler Oberland“ oder die Interregio 2003 eine grenzüberschreitende Messe mit INTERREG-Partnern im Vinschgau und dem Engadin.

Daneben fungiert der Regionalverein MIAR als Koordinationsstelle für die Abwicklung des EU-Programms INTERREG und somit als Ansprechpartner für grenzüberschreitende Projekte der Bezirke Landeck und Imst.

Anlässlich der 10-Jahres-Feier gab der Verein MIAR die Broschüre „10 Jahre MIAR“ heraus, die auf Wunsch gerne übermittelt wird. ■

MIAR
(Mittelfristige Initiative für eine angepasste Regionalentwicklung im Bezirk Landeck)

Obmann: Dr. Siegfried Gohm
Geschäftsführer: Mag. Marius Massimo
A-6500 Landeck, Bruggfeldstraße 5
Tel: 05442/67804
Fax: 05442/67816
E-Mail: office@miar.at
http://www.miar.at

Aspekte regionaler Entwicklungsstrategie

- Es ist heute unbestritten, dass insbesondere ländliche Regionen integrierte Entwicklungsansätze brauchen, um beispielsweise durch Erwerbskombinationen der alpinen Landwirtschaft eine Chance zu geben oder die Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Wirtschaftszweigen und den zahlreichen Kleinbetrieben zu forcieren. Ein derartiger integrierter Ansatz braucht aber eine „kritische Masse“, die auf einer rein örtlichen Bezugsebene niemals vorhanden ist.
- Wenn zudem unsere alpinen Regionen mit ihren Dienstleistungen und Produkten auch im Wettbewerb des gemeinsamen europäischen und des globalen Marktes bestehen wollen, so müssen sie zu gemeinsamen Strategien für ein regionales Marketing kommen.
- Wenn wir weiters zur Kenntnis nehmen müssen, dass Einrichtungen der Daseinsvorsorge verstärkt unter Kostendruck geraten und ein Rückzug aus dünner besiedelten Gebieten droht, dann wird eines der „Fangnetze“ eine verstärkte Kooperation auf regionaler Ebene sein müssen, um zu tragfähigen Zukunftslösungen zu gelangen.
- Wenn wir schließlich über Verkehrsbelastungen klagen, dann werden wir uns auch im ländlichen Raum um die Erhaltung und Weiterentwicklung des Systems des öffentlichen Personennahverkehrs zu kümmern haben. Dies ist mit Sicherheit nur möglich, wenn es zur Bündelung Frequenz bringender Einrichtungen in den regionalen Zentren kommt.
- Die Teilhabe ländlicher Regionen an wirtschaftlicher Innovation und technischer Entwicklung erfordert entsprechende Verknüpfungspunkte vor Ort in Form regionaler Innovations- und Impulszentren, die nicht in beliebiger Zahl entstehen können, sondern die in Standortagglomerationen ihre besten Entwicklungsvoraussetzungen finden.
- Die Wirtschaft fordert funktionierende regionale Arbeitsmärkte, die nicht nur quantitativ, sondern vor allem auch qualitativ den Bedarf der Unternehmen zu decken in der Lage sind. Die Berufstätigen ihrerseits wollen eine Vielfalt an Beschäftigungsmöglichkeiten, die es ihnen ermöglicht, den ihrer Qualifikation und ihren Interessen entsprechenden Arbeitsplatz zu finden. Auch dies erfordert in dünner besiedelten ländlichen Gebieten einen regionalen Bezug und Schwerpunktsetzungen.

Die alpinen Kleinstädte brauchen ihr regionales Umfeld. Die Region braucht ihre regionalen Zentren.

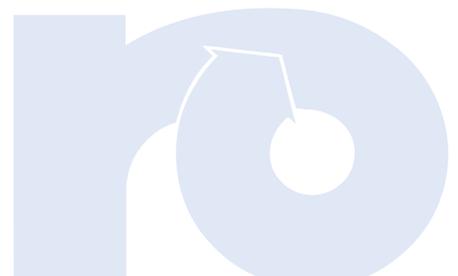
Diesen so simpel scheinenden Zusammenhang tatsächlich begreifbar zu machen und ihn in die Praxis umzusetzen, erfordert ein gemeinsames Bemühen aller Beteiligten auf allen Ebenen.

In diesem Zusammenhang ist auch darauf hinzuweisen, dass „Kleinstadt“ als funktionaler Begriff zu verstehen ist, der sich nicht zwingend mit den Grenzen der politischen Gemeinden decken muss. Die tatsächliche Entwicklung in den Kernräumen der Tiroler Regionen hat in vielen Fällen die Gemeindegrenzen schon längst „überholt“.

Die Dynamik der Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung ist zudem im Umland durch die Bank größer als in den Kernstädten.

Man kann dies nicht nur mit dem negativ besetzten Begriff der „Suburbanisierung“ abtun. Vielmehr sollte die Erkenntnis eintreten, dass in diesen regionalen Kernräumen den längst vorhandenen funktionalen Zusammenhängen durch verstärkte, die Gemeindegrenzen übergreifende Zusammenarbeit begegnet wird. Es geht darum, eine Abkehr vom „Kirchturmdenken“ herbeizuführen. Das wird nur möglich sein, wenn bestehende Lenkungsinstrumente (z.B. Regionalplanung, Bedarfszuweisungen, Regionalförderungen) tatsächlich angewendet werden und wenn auch in der Frage des interkommunalen Finanzausgleiches neue Wege beschritten werden.

Einzelne positive Beispiele, wo es möglich war, im Verhandlungswege Lösungen mit mehreren Gemeinden zu realisieren, sollten Mut machen, sich in dieser Frage verstärkt zu engagieren.



Empfehlungen

- Bei der Weiterentwicklung der Politik für den ländlichen Raum ist die wichtige Rolle der Kleinstädte und deren Interaktion mit dem Umland bewusster als bisher wahrzunehmen.
- Dazu braucht es eine neue Generation einer integrierten, prozessorientierten regionalen Entwicklungsplanung. Als räumlicher Bezugsrahmen bietet sich dafür in Tirol der Verflechtungsbereich zentraler Orte mittlerer Stufe an. Ganz wesentlich ist es dabei, dass diese Planungsprozesse sehr stark von regionalen Entwicklungsorganisationen ausgehen bzw. von diesen getragen werden. Für die Einrichtungen des Regionalmanagements bietet sich künftig ein weites Tätigkeitsfeld.
- Wesentlich wird dabei sein, regionale Raumplanung und Regionalentwicklung stärker miteinander zu verknüpfen. Die Voraussetzungen dafür sind in Tirol insofern günstig, als auf Ebene der Landesverwaltung beide Materien einer Organisationseinheit zugeordnet sind.
- Es braucht entschieden mehr Zusammenarbeit zwischen den Kernstädten und ihrem unmittelbaren Umland. Im Vordergrund stehen dabei Fragen der Standortentwicklung von Gewerbe und Industrie, des Einzelhandels und der Einkaufszentren sowie des Verkehrs.
- Regionalförderungen sind auch künftig auf funktionale Regionen unter Einbeziehung der jeweiligen Kernstädte abzustellen. Die schon in vollem Gang befindliche Diskussion um die Reform der EU-Strukturfonds für die Zeit nach 2006 (eigener Beitrag in diesem Heft) zeigt deutlich die Notwendigkeit, die EU-Regionalförderung aus finanziellen Erwägungen künftig zu konzentrieren. Diese Konzentration darf aber jedenfalls nicht durch eine unsachgerechte Reduktion der bestehenden Fördergebiete herbeigeführt werden. Vielmehr muss die notwendige Konzentration durch konsequentere Projektauswahlkriterien herbeigeführt werden. Diese Vorgangsweise würde es im Übrigen ermöglichen, dem regionalen Aspekt auch im Fördergeschehen ein verstärktes Gewicht zuzumessen. ■

Mittelfristiges Arbeitsprogramm der ÖROK

Das Österreichische Raumentwicklungskonzept 2001 ist als Beginn der Suche nach Antworten auf neue Herausforderungen zu verstehen.

Das mittelfristige Arbeitsprogramm der Österreichischen Raumordnungskonferenz verfolgt daher vorrangig jene Themen und Projekte, welche österreichweit die aktuellen Schwerpunkte der räumlichen Entwicklung darstellen:

- **Europaregionen:**
Anforderungen an die Raum- und Verkehrsentwicklung
- **Agglomerationsentwicklung:**
Zentralität neu
- **Strategien für den ländlichen Raum:**
 - Funktionsfähigkeit ländlicher Räume
 - Multifunktionalität der Landschaft
 - Raumordnung und Naturgefahren.

Zur Bearbeitung der benannten Querschnittsthemen stößt die Weiterentwicklung der ÖROK-Prognosen (Bevölkerung, Haushalte, Erwerbstätige) aufgrund der Ergebnisse der Volkszählung 2001. Der bisher nur in gedruckter Form aufgelegte ÖROK-Atlas soll zu einem digitalen Kartenwerk mit Zugang via Internet weiterentwickelt werden.

Die Tiroler Raumordnung wird sich mit all diesen Zukunftsthemen auseinandersetzen. In besonderer Weise gilt unser Interesse und Einsatz den Strategien zur Aufrechterhaltung der Daseinsvorsorge in den ländlichen Regionen Tirols.

Zu gegebener Zeit werden wir in RO-Info ausführlich über die Ergebnisse der ÖROK-Bearbeitungen berichten. ■

Wechsel in der Geschäftsführung der ÖROK

Zur Jahresmitte geht wHR Dr. Eduard Kunze in Pension. Als langjähriger Länder-Geschäftsführer der ÖROK und Mitarbeiter der Verbindungsstelle der Bundesländer hat er wie kaum ein anderer die ganze Palette der österreichischen Raumordnung und Regionalpolitik in all ihren Höhen und Tiefen miterlebt und mitgestaltet. Mit hohem fachlichen Anspruch, viel Gespür für das Mögliche und ausgeprägtem Sinn für faire Kompromisse und Ausgewogenheit hat er einen wesentlichen Beitrag dazu geleistet, dass es in Österreich – trotz fehlender gemeinsamer Rechtsgrundlagen – doch eine gesamtstaatliche Rahmenorientierung in Fragen der Raumordnung und der Regionalentwicklung gibt. Dafür ein herzliches „Danke!“ aus Tirol.

Nachfolger von Dr. Eduard Kunze – sowohl in der ÖROK-Geschäftsführung als auch in der Verbindungsstelle der Bundesländer – ist Mag. Markus Seidl. Seine Erfahrungen in der oberösterreichischen Landesraumordnung und in der EU-Regionalpolitik werden es ihm ermöglichen, rasch in die schwierige neue Aufgabe hineinzufinden und gemeinsam mit Bundes-Geschäftsführer Mag. Johannes Roßbacher das „ÖROK-Schiff“ auf gutem Kurs zu halten und auch neue Ufer anzusteuern. Dafür viel Erfolg und auf gute Zusammenarbeit! ■

<http://www.oerok.gv.at>

Energieholznutzung in Tirol - aktueller Stand und Entwicklungspotenzial

Bruno Oberhuber

Fernwärmenetze auf Biomassebasis sind in Tirol eindeutig im Aufwind: Erfolgreiche Projekte wie in Lienz, Kufstein, Fügen oder Söll haben das Interesse der Gemeinden geweckt. Weitere Großprojekte stehen kurz vor der Realisierung. Durch die Entwicklungen auf dem Energieholzmarkt werden Kleinanlagen immer attraktiver.

Verschiedene Impulse

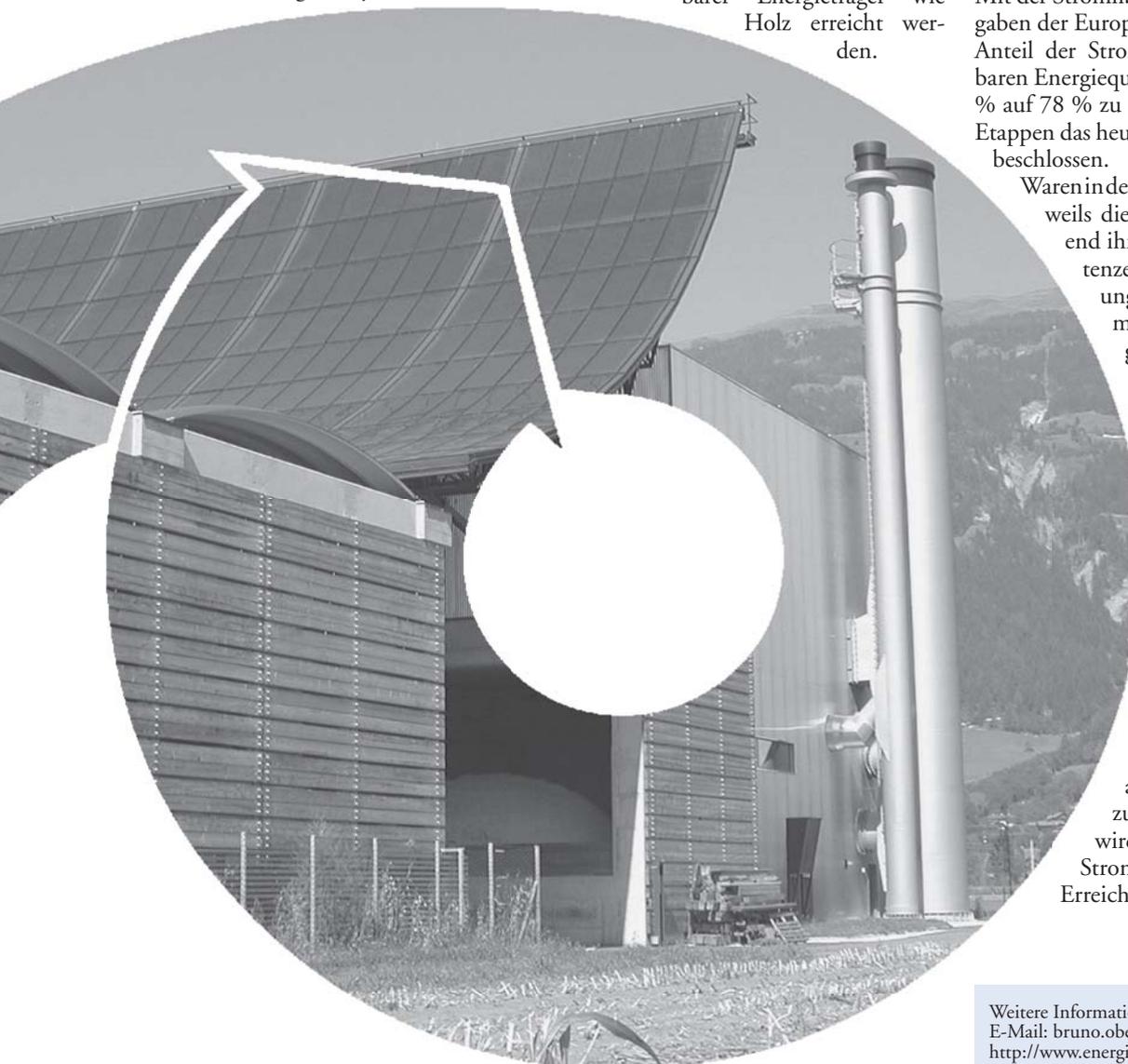
Die Europäische Kommission hat sich mit dem Weißbuch für erneuerbare Energieträger bis zum Jahre 2010 eine Verdoppelung erneuerbarer Energieträger von 3143 PJ auf 7694 PJ zum Ziel gesetzt. Der größte Anteil soll dabei von den unterschiedlichen biogenen Energieträgern kommen. Mit der Ratifizierung des Kyoto-Protokolls

hat sich Österreich verpflichtet, bis 2012 die Treibhausgasemissionen um 13 Prozent zu senken. Die Österreichische Klimastrategie, die im Juni letzten Jahres vom Ministerrat verabschiedet wurde, weist dem Raumwärmebereich mit ca. 40 % Anteil das größte Reduktionspotenzial zu. Das Ziel soll durch energiesparendes Bauen sowie durch den Einsatz erneuerbarer Energieträger wie Holz erreicht werden.

Durch die Investitionsförderungen von Land Tirol und Kommunalkredit Austria konnten in den letzten Jahren für Biomasseanlagen wirkungsvolle Anreize gesetzt werden.

Auch die gezielte Förderung der Anschlüsse über die Nahwärmeeinstiegsprämie hat zur erfolgreichen Realisierung Tiroler Biomasse-Fernwärmeprojekte geführt. Mit der Stromliberalisierung und den Vorgaben der Europäischen Kommission, den Anteil der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energiequellen in Österreich von 70 % auf 78 % zu erhöhen, wurde über zwei Etappen das heute gültige Ökostromgesetz beschlossen.

Waren in der ersten Gesetzesvariante jeweils die Bundesländer entsprechend ihren Gesetzgebungskompetenzen für die Ökostromregelung zuständig, ist mit Sommer 2002 ein österreichweit gültiges Gesetz in Kraft getreten. Ziel der Regelung ist es, bis 2008 vier Prozent des Gesamtstrombedarfs aus erneuerbaren Energieträgern wie Sonne, Wind, Geothermie oder Biomasse aufzubringen. Neben der Windenergie wird dabei der Biomasse ein besonders hoher Stellenwert beigemessen. In Tirol steht Windenergie nur an wenigen ausgewählten Standorten zur Verfügung, deswegen wird in erster Linie die Stromgewinnung aus Holz zur Erreichung des Zieles beitragen.



Weitere Informationen:
E-Mail: bruno.oberhuber@energie-tirol.at
<http://www.energie-tirol.at>

Zahlreiche Projekte realisiert

Alle Impulse gemeinsam, vor allem aber die zeitlichen Vorgaben aus dem Ökostromgesetz, haben in Tirol zu einem „Run“ auf Standorte und Projekte geführt. Gezielt wurden und werden Orte und Regionen gesucht, welche sich aufgrund großer Energieverbraucher für Fernwärme-projekte eignen.

Erfolgreiche Beispiele, wie die Biomasseheizwerke in Fügen, Lienz, Kufstein und Söll haben das Interesse der Gemeinden geweckt. Auch wurden eine Reihe von Vorstudien durchgeführt: so für Lermoos, Mühlbachl, Söll oder Tannheim. Alle Projekte wurden bereits erfolgreich umgesetzt oder stehen kurz vor der Realisierung.

Eine neue Dynamik auf dem Tiroler Wärmemarkt ist zusätzlich durch den Einstieg der TIWAG - Tiroler Wasserkraft AG in dieses Geschäftsfeld entstanden. Damit nimmt ein Unternehmen an der Entwicklung teil, das in der Lage ist, Fernwärmeprojekte in Größenordnungen der Biomasseheizwerke in Lienz oder Landeck-Zams zu errichten.

Das große Interesse erzeugt aber auch Misstrauen und Skepsis. Zunehmend wird in der öffentlichen Diskussion die Frage der Emissionen von Biomasseheizungen thematisiert.

Durch den Ersatz veralteter Einzelfeuerungen durch zentrale, mit moderner Filtertechnologie ausgestattete Heizzentren kann von einer markanten Reduktion der Luftschadstoffe ausgegangen werden. Die bereits realisierten Beispiele weisen auch messtechnisch nach, dass durch den Einsatz von Rauchgasreinigungsanlagen eine deutliche Reduktion der Gesamtemissionen erreicht wird und lokale Emissionsentlastungen erzielbar sind.

Energieholzmarkt in Bewegung

Natürlich hat diese positive Entwicklung auch Auswirkungen auf den Energieholzmarkt. Herrschte vor drei bis vier Jahren noch die Ansicht, dass der Brennstoff Holz aus der Sägeindustrie billigst und in mehr als ausreichender Menge am Tiroler Markt vorhanden ist, hat die starke Nachfrage die Preisschraube nach oben gedreht. Wegen der höheren Brennstoffkosten müssen neue Projekte deutlich höhere spezifische Wärmemengenabgaben aufweisen. Die Konsequenz daraus: Wirtschaftlich rechnen werden sich in Zukunft nur optimierte Fernwärmenetze mit hohen Anschlussdichten.

Auch sollte auf höchste Effizienz im Umgang mit der begrenzten Ressource „heimisches Energieholz“ geachtet werden. So muss bei der Stromerzeugung aus Biomasse sichergestellt werden, dass die anfallende Wärme auch genutzt wird und nicht aus Gründen der Betriebsoptimierung Energie in die Luft oder in das Grundwasser gekühlt wird.

Der Bau von neuen großen Biomasse-Fernwärmanlagen wird sich bis zur Erfüllung der Vorgaben des Ökostromgesetzes auf attraktive Standorte konzentrieren, an denen neben Wärme auch Strom produziert wird. Aufgrund der begrenzt vorhandenen billigen Brennstoffsortimente von Sägewerken werden das neben den bereits bestehenden nur einige wenige weitere Projekte in Tirol sein.

In Kleinanlagen liegt die Zukunft

Für Kleinanlagen und sogenannte Mikronetze besteht in Zukunft ein großes Potenzial und schon jetzt eine deutlich angestiegene Nachfrage. Bereits realisierte und vorbildliche Beispiele reichen von der Hauptschule Maurach am Achensee bis zum Hotel Post in Pfunds.

Eine zusätzliche Herausforderung besteht für die Wärmeversorgung von in Niedrigenergiebauweise errichteten Wohnanlagen: Der äußerst geringe Heizwärmebedarf erfordert von den Planern neue technische Lösungen.

Die Nutzung von heimischer Biomasse durch Kleinanlagen eröffnet für die regionale Entwicklung neue Chancen. Anlagen mit kleiner Leistung erfordern Brennmaterial in hoher Qualität. Beispiele zeigen, dass lokale Erzeuger von Waldhackgut diese hohen Qualitätsanforderungen mit entsprechenden Logistikkonzepten erfüllen können. Neben der Lagerung und Aufbereitung werden auch in der Holzgewinnung noch weitere Optimierungsschritte erfolgen müssen. Für Unternehmer, die gleichzeitig als Energielieferant, Betreiber und Investor von Biomassenanlagen auftreten, bieten sich neue Entwicklungsmöglichkeiten.

Ein Beispiel: Im Zuge des Energieholzkonzepts Zillertal konnten in der Gemeinde Tux alle Teile einer sogenannten Energieholznutzungskette aufgebaut werden. So bildete sich aus den Mitgliedern der Agrargemeinschaften die Hackschnitzelgenossenschaft Tux. Diese stellt durch den Bau einer Lagerhalle mit solarer Lufttrocknung Hackschnitzel in höchster Qualität und ausreichender Menge zur Verfügung. Gleichzeitig wurden verschiedene Objekte, vom Mehrfamilienhaus bis zum Gemeindeamt, mit einer Hackschnitzelheizung ausgestattet.

Gemeinden als Motor

Die Gemeinden können über eigene Initiativen, über die Einflussnahme auf das Wohnbaugeschehen und auch über Informationsveranstaltungen einen wesentlichen Beitrag für den Einsatz von erneuerbaren Energieträgern und damit für den Klimaschutz leisten. Ein Ansatz, der in Tirol zunehmend Nachahmer findet und optimistisch auf die Entwicklung der Holzenergienutzung blicken lässt.



Flächenwidmung online

Manfred Riedl

Die Flächenwidmungen der Gemeinden sind jene raumordnerischen Festlegungen, welche Bürger und Wirtschaft unmittelbar betreffen und interessieren. Der zwischen Land und Gemeinden unter Mitwirkung der Planer praktizierte Datenaustausch erlaubt die landesweite Publikation der Widmungsfestlegungen unter www.tirol.gv.at/tiris.

„Wo kann ich bauen?“ oder „Welche Art der Nutzung ist hier erlaubt?“ sind wichtige Fragen für die Zukunftsgestaltung und Lebensqualität jedes Einzelnen. Bislang konnten solche und ähnliche Fragen ausschließlich in den jeweiligen Gemeindeämtern beantwortet werden. Dort liegen die rechtskräftigen Flächenwidmungspläne der ersten Generation oftmals bereits seit mehreren Jahrzehnten auf.

Herkömmliche Planwerke veralten

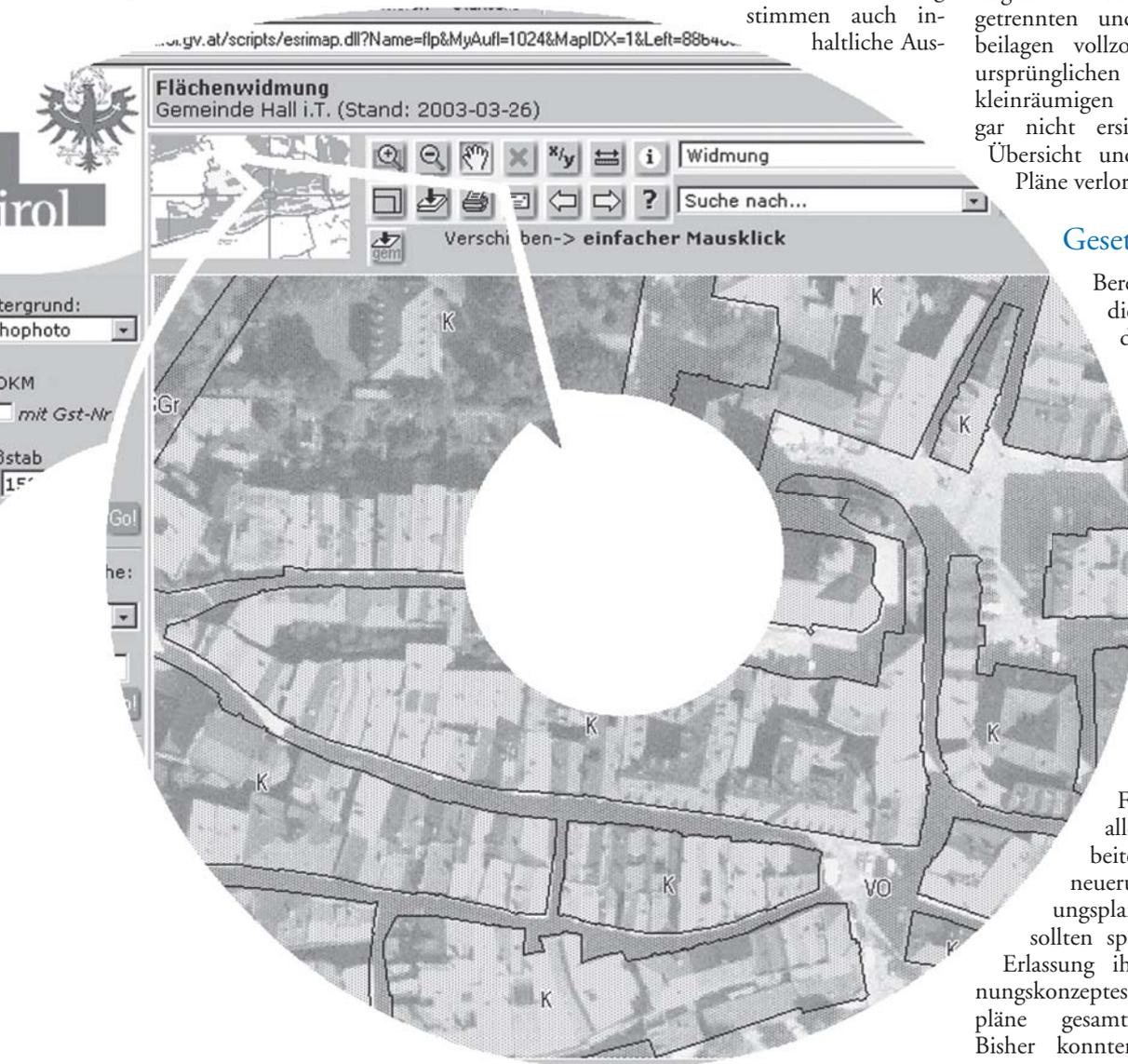
An diesen händisch und in wenigen Ausführungen erstellten Planwerken „nagt der Zahn der Zeit“: Die dargestellte Plangrundlage (Kopie der Katastralmappe) ist veraltet, die Form und Nummerierung der Grundstücke wurde zwischenzeitlich durch Vermessungen vielerorts verändert.

Neben dieser erschwerten Orientierung stimmen auch inhaltliche Aus-

sagen der Planwerke oftmals nicht mehr mit aktueller Rechtslage oder Naturstand überein: Gefahrenzonen, Straßenverläufe, Waldflächen und andere der dargestellten Inhalte haben sich zwischenzeitlich geändert, ohne dass diese Änderungen in den Plänen zeichnerisch überarbeitet wurden. Selbst der Stand der Widmungen ist nicht mehr aktuell dargestellt: Die im Laufe der Jahre durchgeführten, vielen Änderungen der Flächenwidmung sind auf getrennten und kleinformatischen Planbeilagen vollzogen worden. Auf dem ursprünglichen Gesamtplan sind diese kleinräumigen Veränderungen oftmals gar nicht ersichtlich, dadurch gehen Übersicht und leichte Lesbarkeit der Pläne verloren.

Gesetzlicher Auftrag

Bereits im Jahre 1994 wurden die Tiroler Gemeinden durch das neu erlassene Tiroler Raumordnungsgesetz zur grundsätzlichen Überarbeitung der Flächenwidmungspläne verpflichtet. Diese Bearbeitung ist aufgrund der zeitgleich erlassenen Plangrundlagen- und Planzeichenverordnung LGBl. 123/94 bei Verfügbarkeit der Digitalen Katastralmappe (DKM) der Vermessungsämter verpflichtend in digitaler Form vorzunehmen. Die allermeisten Gemeinden arbeiten derzeit an dieser Erneuerung der räumlichen Nutzungsplanung. Die Gemeinden sollten spätestens zwei Jahre nach Erlassung ihres örtlichen Raumordnungskonzeptes die Flächenwidmungspläne gesamthaft erneuert haben. Bisher konnten erst 39 Gemeinden,



das sind 14 % aller Tiroler Gemeinden, diesen langen Planungsprozess mit dem aufsichtsbehördlichen Genehmigungsbescheid der Landesregierung abschließen. Als rechtskräftige Urkunde gilt wie vordem der von Planer, Gemeinde und Land signierte Planausdruck, der im Gemeindeamt zur öffentlichen Einsicht aufliegt. Die authentischen Daten dieses Planes kommen - verwaltungstechnisch gesehen - einer Abschrift gleich und ermöglichen in digitaler Form aktive Kommunikation.

Digitale Planung

Wie bei jeder Kommunikation sind auch beim Austausch von geografischen Daten Regeln zu beachten, welche die Tiroler Plangrundlagen- und Planzeichenverordnung grundsätzlich vorgibt.

Die Digitalisierung erfolgt durch Verspeicherung von Koordinaten aus digitalen Zeichnungen am Bildschirm, welche von CAD-Konstruktionsprogrammen oder geografischen Informationssystemen unterstützt werden.

Die Koordinaten müssen im allgemeinen System der Landesvermessung gehalten sein, sodass durch ihre mathematische Definition die Lage des Objekts für jeden anderen Datenverarbeiter räumlich eindeutig festgelegt wird.

Zusätzlich wird durch normierte Objektzeichnungen die Bedeutung des jeweiligen digitalen Inhalts festgelegt und übertragen. Werden diese Regeln eingehalten, können geografische Informationen verschiedener Herkunft sowohl räumlich übereinander geschichtet als auch für benachbarte Planungsräumen räumlich aneinander gefügt werden.

Für den digitalen Flächenwidmungsplan ist jedenfalls die Digitale Katastralmappe der Vermessungsämter (DKM) als Plangrundlage zu verwenden. Durch die genaue Überlagerung der Widmungsgrenzen mit den betreffenden Grundstücksgrenzen wird größtmögliche Sicherheit sowohl in privatrechtlicher als auch in öffentlich rechtlicher Hinsicht erzeugt: Eigentums- und Besitzrechte aber auch Verwaltungsfestlegungen aus dem Bau-, Forst-, Naturschutz oder Wasserrecht etc. beziehen sich auf die DKM. Durch die rasche, weil digitale Zusammenführung aller Informationen lassen sich viele Schritte des technischen Planungsprozesses automatisieren. Der neueste Stand des Grundstückskatasters, der Gefahrenzonen oder des Verbauungsstandes (aus Luftbildern) kann in grafischen

Statistik aktuell

Tiroler Wohnbaustatistik 2002 - Wohnbauleistung steigt um 12 %

Im Jahr 2002 wurden in Tirol insgesamt 5.595 Wohnungen fertiggestellt. Davon befinden sich 4.393 Einheiten (78,5 %) in 1.952 neu erbauten Gebäuden, 1.202 Wohnungen (21,5 %) sind durch Umbauten in schon bestehenden Gebäuden entstanden. Nach zwei Jahren mit rückläufiger Wohnbauleistung verzeichnet die Landesstatistik heuer damit eine Zunahme sowohl bei der Zahl der fertiggestellten Gebäude um 80 (+ 4,3 %), als auch bei den fertiggestellten Wohnungen um 581 Einheiten (+ 11,6 %). Aufgrund der ebenfalls leicht gestiegenen Zahl der bewilligten Wohnungen dürfte sich die Wohnbauleistung in naher Zukunft etwa auf dem heuer erreichten Niveau einpendeln.

8,2 fertiggestellte Wohnungen pro 1.000 Einwohner

Bezieht man die Zahl der fertiggestellten Wohnungen auf die Wohnbevölkerung, so ergibt sich 2002 für Tirol eine Wohnbaurate von 8,2 Wohnungen pro 1.000 Einwohner. Die Wohnbauleistung liegt damit wieder höher als im Vorjahr (7,4 Wohnungen pro 1.000 Einwohner). Im Bundesländervergleich dürfte Tirol - auch wenn es aus anderen Bundesländern noch keine endgültigen Zahlen gibt - wie in den vergangenen Jahren die höchste Wohnbaurate erzielen.

Mehr Flächenverbrauch für den Wohnbau in Tirol

Im Jahr 2002 wurden in Tirol für die insgesamt 1.952 fertiggestellten Gebäude mit mindestens einer Wohnung 367.199 Quadratmeter Fläche verbaut. Gegenüber 2001 bedeutet dies eine Zunahme der verbaute Fläche von 36.423 Quadratmeter (+ 11 %). Bei diesem Vergleich ist allerdings zu beachten, dass derzeit nicht in bereits verbaute bzw. noch unverbauten Flächen unterschieden werden kann.

Wohnungsbestand: 306.200 Wohnungen

Die Fortschreibung des gesamten Wohnungsbestandes in Tirol ergibt einen errechneten Bestand von rund 306.200 Wohnungen für Ende 2002. Das bedeutet gegenüber der Häuser- und Wohnungszählung 1991 eine Zunahme um rund 56.400 Einheiten oder 22,6 %. Bei einem Vergleich mit dem Jahr 2001 verzeichnet Tirol eine Zunahme von rund 4.835 Wohnungen bzw. 1,6 %. Setzt man den Wohnungsbestand Ende 2002 in Relation zur Wohnbevölkerung Ende 2002 (682.638 Personen), so ergeben sich 449 Wohnungen auf 1.000 Einwohner (1991: 396 Wohnungen).

<http://www.tirol.gv.at/statistik>



Informationssystemen mit der aktuellen Flächenwidmung überlagert und dargestellt werden. Der eigentliche Vorteil digitalen Planens ergibt sich daher bei der Durchführung der zahlreichen Änderungen der Flächenwidmungspläne (landesweit ca. 1.000 Änderungen pro Jahr).

Die benötigten geografischen Daten im jeweils aktuellen Stand werden zwischen Land und Gemeinden bzw. den beauftragten Planern auf elektronischem Wege ausgetauscht, ein entsprechender Vertrag mit allen Tiroler Gemeinden regelt den unbürokratischen Ablauf und die Einhaltung der Nutzungsrechte.

tiris als Datendrehscheibe

Im Tiroler Raumordnungs-Informationssystem *tiris* werden alle landesweit wichtigen, raumbezogenen Daten wie auch die digitale Flächenwidmung gesammelt. Dieser Datenpool beinhaltet die originalen und aktuellen Daten verschiedener Datenerzeuger. Die Daten werden in den verschiedenen Bereichen der Landesverwaltung und durch Datenaustausch mit anderen kooperierende Institutionen vielfältig genutzt.

Die Informationen bleiben auch nicht im „Elfenbeinturm“ der Verwaltung verschlossen, sondern werden mittels Internettechnik veröffentlicht. Die umfassende und kostenfreie Publikation bringt für die Öffentlichkeit große Vorteile: Jedermann kann zu jeder Zeit via Internet in die aktuelle Flächenwidmung einer Gemeinde Einsicht nehmen. Die im World Wide Web über das Landesportal angebotenen Informationen werden nicht an den Gemeindegrenzen abgeschnitten, sondern übergreifend – letztlich also landesweit – und in standardisierter inhaltlicher Form für alle bislang verfügbaren Gemeinden angeboten. Betont werden muss, dass diese Veröffentlichung mittels Internet zwar vertrauenswürdig Auskunft bieten kann, die Rechtskraft verbleibt aber bei dem signierten und kundgemachten Planwerk im Gemeindeamt.

Flächenwidmung im Internet

Die Einsichtnahme in die Flächenwidmung online wird über das Internetportal <http://www.tirol.gv.at/tiris> und die dort aufrufbaren und frei zugänglichen „Geografischen Dienste“ vorgenommen. Nach Anklicken dieses digitalen Kartendienstes erhält der Benutzer eine Tirolübersicht mit Hervorhebung aller verfügbaren Gemeinden bzw. eine Auswahlliste. Nun kann der Benutzer sich

einen bestimmten Kartenausschnitt im Detail darstellen lassen (Funktion „Vergrößern“) oder eine bestimmte Gemeinde aus der Liste wählen. Mittels der durch virtuelle Druckknöpfe einstellbaren Funktionen lässt sich der konkrete Zielort durch fortgesetztes interaktives Navigieren im virtuellen Plan auffinden.

Alternativ wird nach Eingabe der betreffenden Grundstücksnummer der gewählte Bereich rasch im großen Maßstab dargestellt. Die angebotenen Informationen enden nicht an den Gemeindegrenzen, alle verfügbaren Daten werden grenzübergreifend dargestellt.

Die Farben und verwendeten Begriffe der Widmungstypen werden in der eigens aufrufbaren Legende erklärt. Zusätzlich zur Flächenwidmung lassen sich georeferenzierte Luftbilder und ab einem gewissen Bildmaßstab auch die Katastralmappe der Vermessungsämter samt Grundstücksnummern zur besseren Orientierung visualisieren. Beispielsweise können mit einer geeigneten Kombination von Datenschichten bereits als Bauland gewidmete, aber noch unbebaute Grundstücke anschaulich dargestellt werden.

Mit dem Druckkopf „Information“ wird der Widmungstyp oder Datenstand, welcher über die Aktualität aller aktiven Datenschichten informiert, tabellarisch ausgewiesen. Weitere Funktionen ermöglichen den raschen Ausdruck des dargestellten Bildinhaltes oder die Übermittlung einer hochauflösenden Bilddatei, welche in eigene Bearbeitungsprogramme integriert werden kann.

Es ist zu hoffen, dass die Tiroler Gemeinden die gesetzliche Verpflichtung zur Neuerlassung ihrer Flächenwidmungspläne rasch in die Tat umsetzen. Die beauftragten Raumplaner können auf aktuell bereitgestellten Plangrundlagen die Digitalisierung der Flächenwidmung in standardisierter Form vornehmen. Durch die zeitgerechte Weitergabe der Daten können diese Informationen zum Nutzen aller frei zugänglich im Internet publiziert werden.

kurzMelung

Schutzwaldplattform Tirol – ein starker Impuls!

Mehr als 500 Waldbesitzer, Bürgermeister, Forstleute, Jäger und Waldinteressierte gründeten am 24.3.03 in Innsbruck/Igls die „Schutzwaldplattform Tirol“.

Mit diesem Bündnis für den Schutzwald wird ein kräftiges Zeichen für die Schutzwaldarbeit in Tirol gesetzt.

Rund 20 Institutionen bekannten sich zu einem verstärkten Engagement für den Tiroler Schutzwald.

Neben den Waldbesitzern, Gemeinden, Jägern, Ämtern, Kammern engagieren sich auch Vertreter von Bahn, Straße, Tourismus, TIWAG und Alpenverein in der „Schutzwaldplattform Tirol“.

In zahlreichen Statements wurde der Wert des Schutzwaldes für die beteiligten Institutionen dargelegt. Neben der verstärkten Zusammenarbeit von Ämtern, Gemeinden und Waldbesitzern kommt einer kontinuierlichen Unterstützung der teuren und gefährlichen Schutzwaldarbeit große Bedeutung zu.

Für 2003 ist eine maßgeschneiderte Informationskampagne in den Schutzwaldgemeinden Tirols geplant. Parallel dazu wird die Idee der Schutzwaldplattform auf Bezirks- und Gemeindeebene transportiert, um lokale Allianzen zu schmieden. Dies dient vor allem dazu, die unterschiedlichen Ansprüche an den Schutzwald auf lokaler Ebene auszugleichen.



Nähere Informationen:
E-Mail: k.ziegner@tirol.gv.at
<http://www.tirol.gv.at/Schutzwaldplattform>

DESTINOMETER: Benchmarkingsystem des Tiroler Tourismusbarometers

Matthias Fuchs

DESTINOMETER stellt ein neues touristisches Benchmarkinginstrument dar, um Gästezufriedenheit mit örtlichen Tourismusdestinationen im Vergleich wiederzuspiegeln. Ziel ist es zu erkennen, welcher Ort touristische Leistungen "am besten" erbringt, wodurch sich auf glaubwürdige und nachvollziehbare Art Verbesserungsziele ableiten lassen.

Bei Benchmarking geht es um die Entwicklung verlässlicher Methoden zum Vergleich von Leistung zwischen ausgewählten Benchmarking-Partnern. Auf die Frage, weshalb Benchmarking gerade heute besonders wichtig ist, gilt zu vermerken, dass sich die Art und Weise, wie Kundenwertegeschaffen werden, dramatisch geändert hat: Weltweit werden nämlich

immer weniger standardisierte Dienstleistungen als Problemlösungen, sondern verstärkt solche Produktbündel angeboten und nachgefragt, die positive Erfahrungen auslösen, also einen besonders hohen Erlebniswert darstellen. Deshalb gilt die Begeisterung der Konsumenten (d.h. der Gäste) als zentraler Gegenstand auch für das touristische Benchmarking.

Eine Bestandsaufnahme existierender Benchmarkinginstrumente im Tourismus

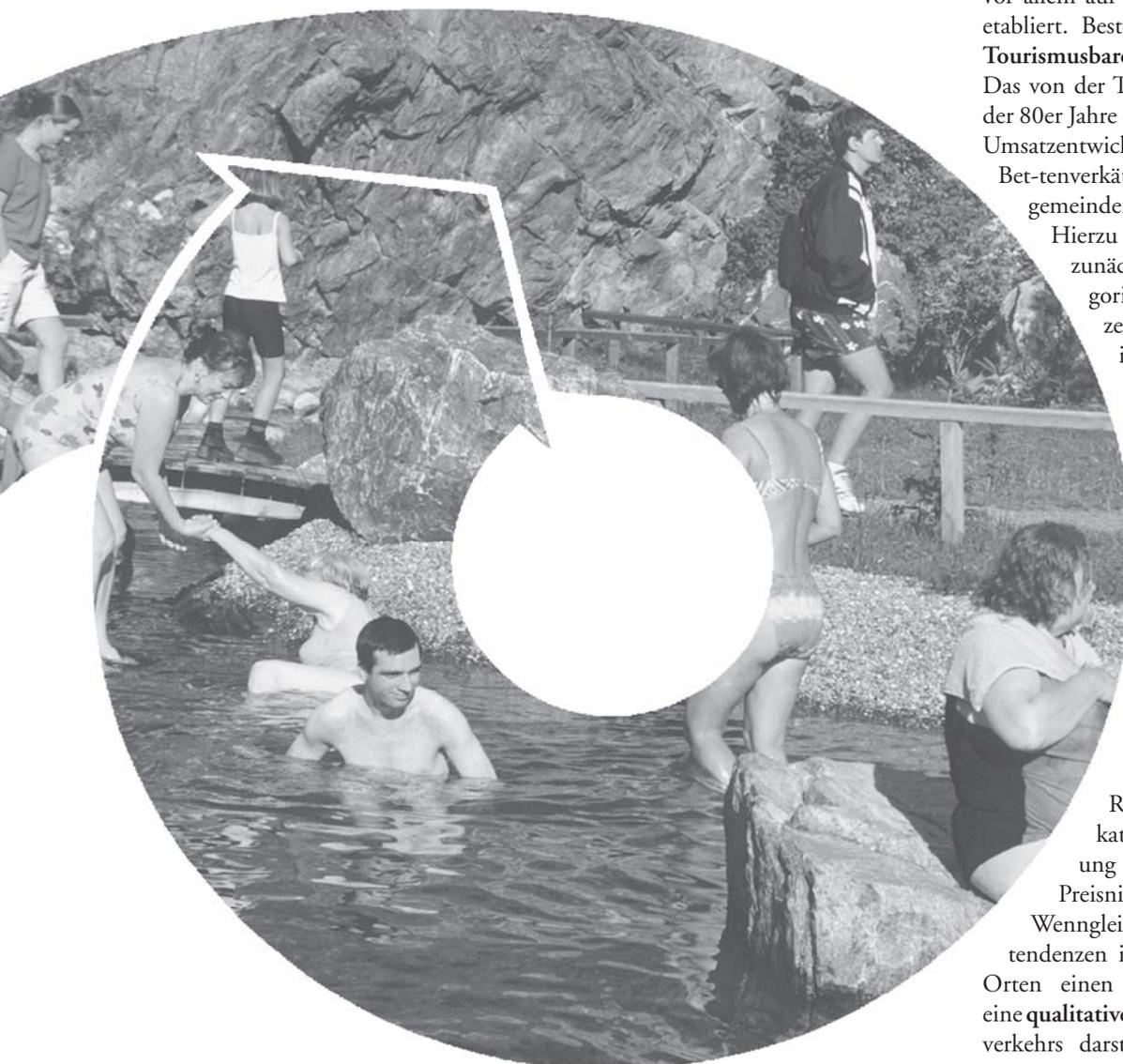
Da für klein strukturierte Tourismusbetriebe meist unüberwindbare Barrieren gegenüber Benchmarking vorliegen, die durch die Preisgabe betrieblicher Information entstehen, hat sich Benchmarking vor allem auf der Ebene der Destination etabliert. Bestes Beispiel ist das **Tiroler Tourismusbarometer**.

Das von der Tiroler Landesstatistik Ende der 80er Jahre entwickelte Instrument gibt Umsatzentwicklungen aus saisonalen Bettenverkäufen in Tiroler Tourismusgemeinden wider.

Hierzu wurden Tirols Gemeinden zunächst zu "Ortstypen" kategorisiert (z.B. Tourismuszentren, Gemeinden mit intensivem Winter-Tourismus, etc.).¹⁾

Positive Umsatzentwicklungen lassen sich prinzipiell auf ein Mehr an Übernachtungen und/oder auf steigende Preise zurückführen. Eine überdurchschnittlich positive Preisentwicklung (Preiseffekt) ist wiederum nichts anderes als das Ergebnis einer Verschiebung des Tourismusaufkommens in Richtung Hochpreishotelskategorie und/oder in Richtung Ortstypen mit höherem Preisniveau (z.B. Tourismuszentren).

Wenngleich solche Verschiebungstendenzen im Vergleich zwischen den Orten einen wertvollen Indikator für eine **qualitative** Entwicklung des Fremdenverkehrs darstellen (Qualitätseffekt), so



lässt sich damit nicht erklären, welche ganz konkreten Konsumbereiche der Destination für das verbesserte Qualitätsempfinden bei den Gästen verantwortlich sind.

Der Markterfolg einer Destinationen hängt jedoch von der Zufriedenheit der Gäste ab, denn zufriedene Gäste kommen häufiger wieder, nutzen mehrere Leistungen, empfehlen aktiv weiter und sind weniger preissensibel. Ein österreichweit durchgeführtes Benchmarking der Gästezufriedenheit stellt die **Gästabefragung Österreich (GBÖ)** dar, welche unter dem Dach von TourMis (**Touristisches Management Informationssystem**) im Internet (<http://www.tourmis.info>) saisonal zur Verfügung steht.

Die **GBÖ** erlaubt Destinationsbenchmarking allerdings nur auf der Bundesländerebene - nicht jedoch zwischen einzelnen Tourismusgemeinden (Abb. 1).

Diese Lücke wurde mit Hilfe des in der Sommersaison 2002 erstmals durchgeführten Benchmarkingwerkzeugs **DESTINOMETER** geschlossen.²⁾

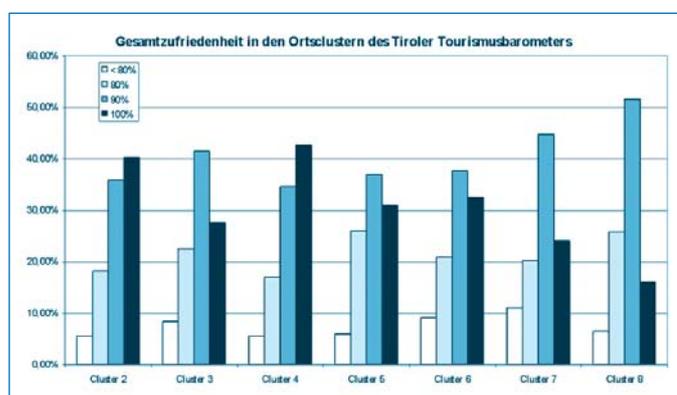
Das DESTINOMETER - Pilotprojekt

DESTINOMETER setzt sich insbesondere zum Ziel, im Ortsvergleich den Einfluss einzelner Destinationsaspekte auf das Zufriedenheitsurteil der Touristen aufzudecken.

Nachdem im Zuge von über 50 Interviews mit Tirolgästen typische Destinationskennzahlen abgeleitet wurden, kam eine Stichprobe bestehend aus 2.571 Gästen in 21 Tiroler Tourismusorten, zum Einsatz, wobei Innsbruck als Landeshauptstadt zunächst aus der Erhebung ausgeklammert blieb.³⁾ Abbildung 2 gibt die Verteilung der Gästeantworten auf die Frage „Wie

zufrieden sind Sie mit Ihrem Urlaubsort?“ nach Ortsclustern des Tiroler Tourismusbarometers wieder.

Es wird deutlich, dass der Anteil 100% zufriedener Gäste in Gemeinden mit intensivem Sommertourismus (Cluster 4 mit 43 %) und in Tourismuszentren (Cluster 2 mit 43 %) erwartungsgemäß am höchsten ausfällt.



Clustertypen

1. Landeshauptstadt Innsbruck
2. Tourismuszentrum
3. Intensiver Wintertourismus
4. Intensiver Sommertourismus
5. Abgeschwächter Wintertourismus
6. Abgeschwächter Sommertourismus
7. Transit- und Städtetourismus
8. Wenig Tourismus

Abb. 2: Gesamtzufriedenheit in den Ortskategorien des Tiroler Tourismusbarometers

TourMIS Abfrageergebnis	
Gästabefragung Österreich 1997	
Zielbundesland in Österreich: Tirol	
Bezeichnung der Urlaubserfahrung/zufriedenheit	in %
einfach begeistert	16,0
rundum zufrieden	63,0
unbedeutende Kleinigkeiten stören	17,4
einige Dinge fallen negativ auf	2,3
etliche Dinge stören	1,3
mit Urlaub wirklich unzufrieden	0,0
Gewichtete Antworten (gerundet)	3407
Durch Filter eliminierte Antworten	6738
Keine Antworten	14
Gewicht für Österrichauswertung	
Spalten mit weniger als 100 ungew. Interviews werden nicht angezeigt.	

Abb. 1: Gästabefragung Österreich unter TourMis (<http://tourmis.wu-wien.ac.at>)

¹⁾ Vgl. Kaiser, M. (2002) Regionale Entwicklung des Tourismus in Tirol, in: RO-Info Tiroler Raumordnung, Amt der Tiroler Landesregierung, Heft 23, Juli, 2002, S. 6-8.

²⁾ Die Grundlagenforschung für DESTINOMETER wurde durch den Jubiläumsfonds der Österreichischen Nationalbank ermöglicht. Die in der Sommersaison 2002 durchgeführte Großerhebung wurde durch den Tiroler Tourismusförderungsfonds und den kooperierenden Tourismusorten gefördert sowie organisatorisch durch die Tirol Werbung und die Tiroler Landesstatistik maßgeblich unterstützt.

³⁾ Die Stichprobe setzte sich proportional zur Verteilung der Gäste nach Unterkunftsart (z.B. 4/5-Sternbetrieb) sowie nach Herkunftsland zusammen.

Es folgen Gemeinden mit abgeschwächtem Sommer- (32 %) und Wintertourismus (31 %), intensivem Winter- (27 %) sowie Städte- und Transittourismus (24 %).

Das Schlusslicht bilden Gemeinden mit wenig Tourismus (16 %). **DESTINOMETER** prüft allerdings nicht nur die Gesamtzufriedenheit mit einem Tourismusort, sondern spürt jene Ortsaspekte auf, die für die Urteilsbildung der Gäste von Bedeutung sind.

Destinationsattribute lassen sich hierfür einem der folgenden Faktoren zuordnen:

■ **Basisfaktoren** umfassen Destinationsattribute, die sofort Unzufriedenheit auslösen, wenn sie unterhalb der Erwartungen wahrgenommen werden. Andererseits führen sie, selbst wenn Gästeerwartungen übertroffen werden, nicht zu Zufriedenheit, sondern lediglich zu einer Art "Nicht-Unzufriedenheit". Lediglich Grundbedürfnisse werden also befriedigt.

■ **Leistungsfaktoren** sind Destinationsattribute, die zu Zufriedenheit führen, wenn diesbezügliche Erwartungen

übertroffen werden bzw. zu Unzufriedenheit führen, wenn die entsprechenden Erwartungen unerfüllt bleiben.

■ **Begeisterungsfaktoren** beziehen sich auf jene Destinationseigenschaften, die Zufriedenheit auslösen, wenn sie wahrgenommen werden, aber nicht Unzufriedenheit verursachen, wenn sie nicht vorhanden sind. Begeisterungsattribute werden demnach nicht erwartet, erhöhen aber bei deren Vorliegen den Begeisterungswert einer touristischen Leistung markant.

Zufriedenheitsindikatoren touristischer Kerndienstleistungen

Zur Feststellung, welche der Ortseigenschaften den eben diskutierten drei Faktoren entsprechen, sind zwei Wichtigkeitsdimensionen zu betrachten:

Die **explizite Wichtigkeit** entspricht der durch den Gast artikulierten Wichtigkeit diverser Attribute. Mit anderen Worten, wie wichtig erachtet der Gast eine bestimmte touristische Dienstleistung oder einen Ortsaspekt.

Die **implizite Wichtigkeit** wird hingegen aus dem (statistischen) Einfluss der Einzelzufriedenheit auf die Gesamtzufriedenheit abgeleitet.

Für die in die Erhebung eingeschlossenen Tourismusorte ergibt die Zusammenführung beider "Wichtigkeiten" folgendes Bild (Abb. 3):

Attribute, die für Gäste überdurchschnittlich wichtig sind, jedoch keinen – oder nur

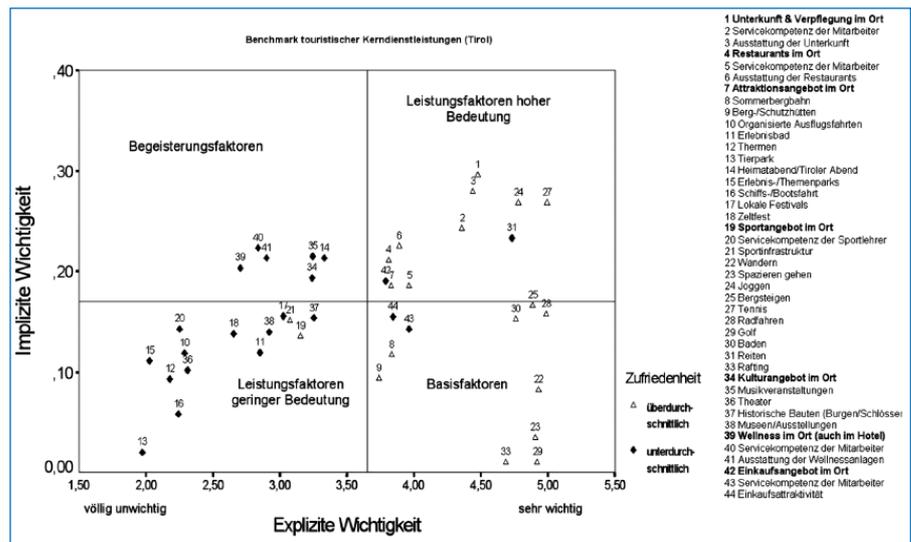


Abb. 3: Benchmark touristischer Kerndienstleistungen (Tirol)

unterdurchschnittlichen – (impliziten) Einfluss auf die Gesamtzufriedenheit aufweisen, sind **Basisfaktoren** (z.B. Wandern 22, Spazierengehen 23).

Es handelt sich hierbei lediglich um Grundbedürfnisse. Dagegen sind Attribute, die vom Gast als "wichtig" erachtet werden und gleichzeitig einen starken Einfluss auf die Gesamtzufriedenheit aufweisen **Leistungsfaktoren hoher Bedeutung** (z.B. Unterkunft/Verpflegung 1).

Begeisterungsfaktoren liegen schließlich im Quadranten, wo überdurchschnittliche Beiträge auf die Gesamtzufriedenheit gemessen werden, der Gast jedoch diesen Attributen keine oder nur geringe Wichtigkeit beimisst. Zu diesen zählen etwa der gesamte Wellness Bereich (39). Der Nachweis der Wichtigkeit des Wellness

Bereiches für die touristische Nachfrage Tirols ist bemerkenswert, denn in diesem Markt gilt aufgrund diverser Trendforschungen ein enormes Wachstumspotenzial für die nächsten Jahre als gesichert.

Will man den Aufbau der Marke "Alpine Wellness" jedoch als zukunfts- und erfolgsträchtige Verschmelzung von Markt- und Ressourcenstärken des regionalen Wirtschaftsstandortes bezeichnen, so zeigen die vorgefundenen unterdurchschnittlichen Zufriedenheitswerte, in welche Richtung touristische Kernanstrengungen primär zu lenken sind. Durch Benchmarking sind dabei jene Tourismusorte vergleichend heranzuziehen, welche gerade im begeisterungsstiftenden Bereich "Wellness" überdurchschnittliche Gästezufriedenheit aufweisen.



Zufriedenheitsindikatoren Ortsaspekte

Die vielfach als typische Hauptmotive für alpinen Sommerurlaub bezeichneten Ortsaspekte entpuppen sich bei näherem Hinsehen (lediglich) als vom Gast erwartete Grundvoraussetzungen (d.h. **Basisfaktoren**), wie etwa das Landschaftsbild (9). Die gemessene unterdurchschnittliche Zufriedenheit beim Basisfaktor örtlicher Orientierungshilfen (13) sowie durch belastenden Autoverkehr (18) verlangt nach neuen Kommunikations- und Ortsentwicklungsstrategien (Abb. 4).

Diese Maßnahmen können insofern als dringlich bezeichnet werden, da nur im Falle völlig zufriedenstellender Basisfaktoren die Begeisterungsfaktoren ihre Wirkung voll entfalten können.

Als **unwichtigen Leistungsfaktor** bezeichnen Tirolurlauber das Ortsbrauchtum (15), während sich als **wichtige Leistungsfaktoren** neben der Qualität der Ortsinformation (3) insbesondere die Gastfreundlichkeit touristischer Mitarbeiter (22) sowie jene der Ortsbewohner (21) herauskristallisieren. Letztere weisen überwiegend positiv Zufriedenheitswerte auf.

Schließlich kann gezeigt werden, wie wichtig für den Tourismus Bestrebungen in Richtung informationstechnologischer Innovationen sind, da die Erreichbarkeit des Internets (24) und die Nutzung von Inclusive-Cards (23) **Begeisterungsfaktoren** darstellen.

Auch wird ersichtlich, welche zentrale Rolle Dienstleistungen von Designern, Architekten und/oder Städteplanern für die Tourismusbranche einnehmen: Die Modernität des Ortes (11)

sowie eine geglückte innerörtliche Verkehrsplanung (4) sind in der Lage, Tirolgäste nachhaltig zu begeistern.

Mit Ausnahme des ebenfalls als Begeisterungsfaktor identifizierten Ortsaspekts Familienfreundlichkeit (20) weisen allerdings sämtliche Begeisterungsfaktoren eine nur unterdurchschnittliche Zufriedenheit bei Gästen auf (Abb. 4).

Das heißt, die korrespondierenden Zufriedenheitswerte lagen in der Sommersaison 2002 unterhalb des mittleren (d.h. durchschnittlichen) Zufriedenheitsurteils. Auch hier gilt es mithin, im Benchmarkingvergleich von überdurchschnittlich leistungsstarken Tourismusorten zu lernen, wie Destinationsleistungen durch adaptive Innovation schrittweise verbessert werden können.

Zusammenfassung

Touristische Wettbewerbsfähigkeit lässt sich gemäß der Markt orientierten Strategiesichtweise allein durch die stetige Verbesserung der angebotenen Produkte sichern. Dabei stellt die Erfüllung von Basis- und Leistungsfaktoren eine Grundvoraussetzung dar. Wie gezeigt, weist Tirol diesbezüglich eine durchaus überdurchschnittliche Gästezufriedenheit auf. Eine Tourismusdestination sollte allerdings auch über ausreichende Begeisterungsfaktoren verfügen, die den latenten Erwartungen des Gastes entsprechen, denn nur dann ist deren begeisternde Wirkung auch zu erwarten. DESTINOMETER bietet für einzelne Tourismusorte nicht nur die Möglichkeit, zu erkennen, welche ortsspezifischen Tourismusbereiche "begeisternd" zur Zufriedenstellung des Gastes beitragen und wie zufrieden der

Gast mit diesen Angebotsbereichen ist, sondern erlaubt darüber hinaus auch Teilauswertungen mit Blick auf einzelne Sendeländer und demographische Gruppen, wie etwa italienische Ersturlauber unter 35 Jahren. Um allerdings zu erkennen, welche Tiroler Tourismusgemeinden zu den "besten ihrer Klasse" zählen, ist es unabdingbar, auf direkt vergleichbares Datenmaterial der Gästezufriedenheit zurückgreifen zu können.

Schließlich wird ein Kategorienraster der Tourismusgemeinden vorausgesetzt; letzteres wird bereits durch das Tiroler Tourismusbarometer bereitgestellt.

Ausblick

Mittelfristige Zielsetzung von DESTINOMETER ist die Entwicklung einer Benchmarking-Datenbank im Internet, die es dem örtlichen Destinationsmanagement im Echtzeitmodus ermöglicht, zu erkennen, wo eigene Stärken und Schwächen aus der Sicht des Gastes liegen.

Für nachhaltigen Markterfolg ist schließlich nicht nur der Outputfaktor "Kundenzufriedenheit" ausschlaggebend, sondern auch die Tatsache, wie gut es gelingt, touristische Umsätze bei gegebenen Ressourcenbeständen (z.B. Hotelkapazitäten u. ä.) zu erzielen. Diese Perspektive stellt die Ergiebigkeit touristischer Aktivitäten in den Mittelpunkt.

Neben der dargelegten nachfrageseitigen Ausrichtung macht DESTINOMETER daher auch diesbezüglich erste "Gehversuche", im Benchmarkingvergleich die Effizienz touristischer Produktionsprozesse auf Ortsebene zu ermitteln. Darüber wird in einer der folgenden RO-Info der Tiroler Raumordnung berichtet.

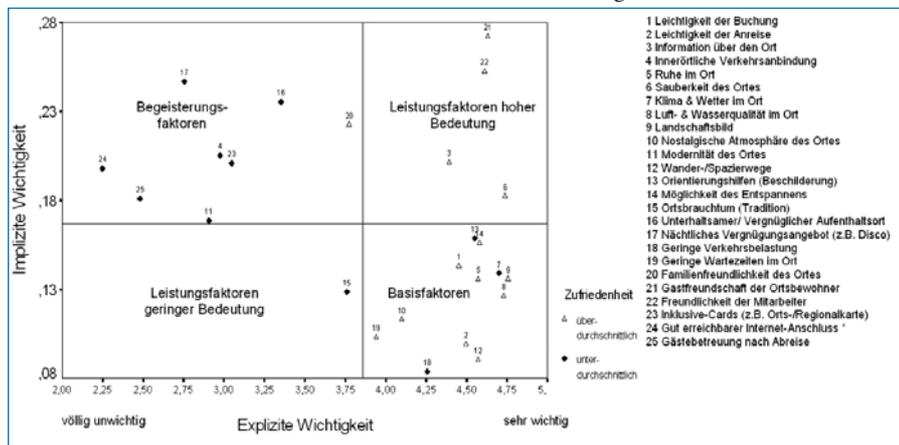


Abb. 4: Benchmark touristischer Ortsaspekte (Tirol)

Univ.-Doz. Dr. Matthias Fuchs
Zentrum für Tourismus- und
Dienstleistungswirtschaft
Universität Innsbruck
Universitätsstraße 15
A-6020 Innsbruck
E-Mail: matthias.fuchs@uibk.ac.at
<http://www.uibk.ac.at/c4/c436/tourism/index.html>



Autorenverzeichnis

Andreas Falch

Dipl.-Ing., Planungsbüro Falch, Landeck

Andrea Fink

Mag., Raumordnung-Statistik, Amt der Tiroler Landesregierung

Matthias Fuchs

Dr. Univ.-Doz., Zentrum für Tourismus- und Dienstleistungswirtschaft,
Universität Innsbruck

Sigrid Hilger

Mag., Raumordnung-Statistik, Amt der Tiroler Landesregierung

Carola Jud

Mag., Raumordnung-Statistik, Amt der Tiroler Landesregierung

Bruno Oberhuber

Dipl.-Ing., Geschäftsführer Energie Tirol

Franz Rauter

Mag., Vorstand der Abteilung Raumordnung-Statistik, Amt der Tiroler Landesregierung

Manfred Riedl

Dipl.-Ing., Raumordnung-Statistik, Amt der Tiroler Landesregierung

Christian Stampfer

Mag., Raumordnung-Statistik, Amt der Tiroler Landesregierung

Konrad Streiter

Landesrat für Raumordnung der Tiroler Landesregierung

Bildernachweis (ohne Paßfotos)

Titelseite "Stadtzentrum Wörgl" Dr. Johann Egerbacher

Seite 8 Fotoarchiv der EU

Seite 10 Bosch

Seite 8 Eybl

Seite 13 links oben TV Pillerseetal

Seite 14-16 Dipl.-Ing. Andreas Falch

Seite 27 Maro & Partner

Seite 29 TV Tux

alle restlichen Bilder Fotoarchiv der Abteilung Raumordnung-Statistik